

12

Bonn, Dienstag 12. November 1963

Sprecher: Adenauer, [Adorno], Amrehn, Barzel, Bauknecht, von Brentano, Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, Kiesinger, Meyers, Scheufelen, Schmidt, [Stoltenberg].

Bericht zur politischen Lage (Erhard). Tätigkeitsbericht der Bundespartei. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich unseren Kollegen Erhard herzlich bei uns willkommen heißen. (*Beifall.*) Es ist unsere erste Vorstandssitzung, seitdem er Bundeskanzler ist.¹ Ich freue mich, daß er hier ist. Wir alle wissen, daß er z.Z. außerordentlich in Anspruch genommen ist. Um so mehr wissen wir sein Erscheinen zu würdigen.

Ich möchte noch ein Wort sagen. Gestern hatte ich zu Gast 125 deutsch-amerikanische Mitglieder eines Clubs aus Wiesbaden. Nachher fragte einer – ich glaube, es war ein Amerikaner –, wie stehen Sie zu dem Bundeskanzler Erhard? Ich habe dem jungen Mann gesagt: Wir sind alte gute Freunde. (*Lebhafter Beifall.*) Das gleiche möchte ich auch hier zum Ausdruck bringen.

Entschuldigt haben sich: Dr. Altmeier, Dr. Dittmar, Dr. Gerstenmaier, Dr. Heck, Schmücker, Dr. Schröder, Schwarz, Struve, Dr. Hellwig und Frau Strecker.

Meine lieben Parteifreunde! Wir hatten um 9 Uhr eine kurze Sitzung des Parteipräsidiums. Darüber wird gleich Herr Dufhues berichten. Ich möchte zunächst dem Herrn Bundeskanzler Erhard das Wort erteilen zu einem Bericht über die politische Lage.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Ich danke für den freundlichen Willkomm, den Sie zum Ausdruck gebracht haben. (*Etzel:* Es ist kein Wort zu verstehen infolge der sehr schlechten Akustik hier.) Ich hoffe, daß wir auch in der Zukunft zusammenarbeiten; denn ich habe es auch nötig, weil mir der Anschluß nach rückwärts gut tut und ich Ihren Rat einholen möchte.

¹ Wahl am 16. Oktober 1963; Regierungserklärung Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 4192–4209.

Ich stehe vor keiner leichten Aufgabe; denn Sie wissen, ich werde in den nächsten Wochen den ersten Besuch in Paris abstatten bei Staatspräsident de Gaulle² und dann nach dieser Rückkehr und einem Tag Pause sofort nach Washington weiterreisen, wo ich von Präsident Kennedy³ erwartet werde. In Paris werden die neuralgischen Fragen, die auf dem Tisch liegen, sicher zur Austragung kommen; denn de Gaulle sagte mir, er möchte so gut wie alles mit mir besprechen. Er hat sich sehr viel Zeit gelassen.

Dann stehen an im Augenblick zur Lösung unmittelbare aktuelle Fragen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nicht nur in bezug auf die Agrarmarktordnungen. Es kommt hinzu die Vorlage des Berichts der Europäischen Kommission über die Senkung und die Angleichung der Getreidepreise mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind.⁴

Wir wissen genau, daß die französische Auffassung und die deutsche Auffassung hier nicht völlig übereinstimmen. Ich könnte mir allerdings vorstellen, daß sich Frankreich im Augenblick auch etwas dagegen wehrt, seine Weizenpreise zu erhöhen; denn damit würden die inflationären Tendenzen in Frankreich noch verstärkt werden. Aber eine sichere Aussage ist nicht möglich.

Es werden weiter zur Diskussion stehen die harten Fragen der Integration schlechthin. Wie soll nämlich neben der immer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sechs die politische Integration weiter vor sich gehen? Hier ist eine gewisse Pause eingetreten. Aber die Pause kann und darf nicht beliebig lang fort dauern; denn man kann nicht auf dem wirtschaftlichen Feld eine nationale Zuständigkeit nach der anderen preisgeben, ohne daß eine politische Instanz die Verantwortung dafür trägt und stellvertretend für die nationalen Regierungen dann handlungsfähig ist. Wir wissen, daß die Europäische Kommission bestimmte Vollmachten hat, aber sie ist nicht im parlamentarisch-demokratischen Sinn eine Regierung, sondern ein Verwaltungskörper. Wenn dort auch der Ministerrat tätig ist, so möchte ich glauben, er ist im wesentlichen dafür mehr ein demokratisches Feigenblatt; denn er ist völlig überfordert, die nationalen Zuständigkeiten und Souveränitäten in diesem Kreis zu wahren.

Wir müssen also einen neuen Anlauf nehmen, um zu einer stärkeren politischen Forcierung hinzufinden. Wie das aussehen wird, kann niemand sagen. Es sind in der Vergangenheit schon erkennbare Ansätze gewesen. Aber ich hoffe, daß man hier doch schließlich wieder einen neuen Beginn wird starten können. Es kommt hinzu, daß bei dem hohen Wert, den wir der französisch-deutschen Freundschaft und Aussöhnung beimessen, das eben nicht steckenbleiben darf, denn es sollte doch der Ausgangspunkt

2 Am 21./22. November 1963. Vgl. AAPD 1963 S. 1455–1478; OSTERHELD: Außenpolitik S. 25–32.

3 Kennedy wurde am 22. November 1963 ermordet.

4 Bei einer Tagung des Ministerrates der EWG am 4./5. November 1963 in Brüssel legte Mansholt ein Programm der Kommission zur Angleichung der Getreidepreise der EWG-Länder und ein Programm für die Politik der EWG bei der bevorstehenden Kennedy-Runde der GATT-Zollverhandlungen bezüglich der Agrarprodukte vor (AdG 1963 S. 10893).

werden für die Versöhnung und Verständigung eines vereinten Europas, wobei ich gar nicht die Grenzen abstecken möchte, sondern mir nur überlege, ob man jetzt nicht an Großbritannien denken kann. Wenn nämlich nur die deutsch-französische Freundschaft und die deutsch-französische Zusammenarbeit isoliert im europäischen Raum steht, dann bekommt sie sogar etwas Kontrast, anstatt anziehend zu wirken. Das ist auch eine Frage, die man sorgfältig prüfen muß.

Schon als der französische Staatspräsident das letzte Mal hier gewesen ist⁵, habe ich ihm gesagt, ich hätte durchaus Verständnis dafür, und es wäre auch meine Überzeugung, daß Europa in dem weltpolitischen Geschehen eine größere Eigenständigkeit gewinnen müsse, daß es jedenfalls sein Gewicht verstärken solle. Aber das wird man eben nicht allein mit einer deutsch-französischen Freundschaft machen können, insbesondere weil in bezug auf manche andere Frage, z. B. die NATO, ganz offenkundig Gegenauffassungen bestehen. Insofern müssen weitere Anstrengungen zur Stärkung Europas unternommen werden. Das ist die Frage, die ich anschnitten werde.

Ich verstehe de Gaulle nicht ganz; denn was er für Europa will, ist ganz klar, und was er für Frankreich will, kann ich mir in etwa vorstellen, aber dazu braucht er nicht nur Deutschland, sondern dazu braucht er auch andere europäische Länder.

Vor allen Dingen glaube ich, daß auch in bezug auf die NATO eine Lösung gefunden werden muß. Alle haben sich wohl damit abgefunden, daß de Gaulle hier eine gewisse nationale Selbständigkeit in der Verteidigung erhalten möchte. Aber das darf jedenfalls nicht so weit gehen, daß er den Fluß und die Integration der NATO damit gleichzeitig abbremst.

Auch hier wird es nötig sein, die Dinge noch zu behandeln. Das gleiche gilt in bezug auf die multilaterale Atomstreitmacht.⁶ Nun, ich werde hier keine Aussage wagen, wie die anderen europäischen Länder zu dieser Frage stehen. Wir haben uns grundsätzlich positiv eingestellt, aber Frankreich ist von der Vorstellung erfüllt, daß es möglich wäre, eine originäre europäische Atomstreitmacht aufzubauen. Man kann nicht sagen, ob das überhaupt möglich wäre, aber jedenfalls würde es keinen Ersatz für die NATO und für die Bündnisschaft mit den Vereinigten Staaten bieten.

Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die wir mit Frankreich unbedingt besprechen und in denen wir einander näher kommen müssen, nicht nur um unser beiderseitiges Verhältnis willen, sondern auch wegen der europäischen Integration im ganzen und der Stärkung der europäischen Kraft im weltpolitischen Geschehen.

5 Deutschlandbesuch de Gaulles am 4./5. Juli 1963 (AdG 1963 S. 10678; AAPD 1963 S. 689–728).

6 Vorschlag der USA vom 20. Februar 1963 für eine Überwasserschiff-Flotte mit gemischten NATO-Mannschaften mit Atombewaffnung (AdG 1963 S. 10451). Dazu Dieter MAHNCKE: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der Atlantischen Allianz 1954–1970. Berlin 1972 S. 140–202.

Wie Sie wissen, hatte ich heute eine längere Aussprache mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Ball⁷ zur Vorbereitung meiner Gespräche in Washington. Da wurden auch die Probleme auf den Tisch gelegt, u. a. die ganzen europäischen Agrarmarktordnungen, und zwar vor allen Dingen gesehen im Hinblick auf die Kennedy-Runde⁸; denn die Amerikaner sind natürlich besorgt darüber, daß mehr und mehr aus dem europäischen Markt eliminiert wird, vor allen Dingen auf dem europäischen Agrarmarkt. Sie wehren sich dagegen.

Hier wird das Problem weltweiter Abkommen, das schon im Frühjahr beim GATT in Genf⁹ eine Rolle gespielt hat, wieder zur Diskussion gestellt sein; übrigens ein Thema, das auch mit dem französischen Staatspräsidenten zu besprechen ist.

Zweitens sind die Amerikaner sehr besorgt über den Fortgang innerhalb der NATO. Wir bekommen noch eine gute Note, trotz der Kürzungen unseres Haushalts. Das ist nur eine relative Kürzung; denn es wird aufgestockt, aber nicht so stark, als ursprünglich die Vorstellungen des Verteidigungsministers und vor allen Dingen auch die Wünsche der Amerikaner gewesen sind. Aber ich glaube, das wird man überstehen. Die Amerikaner würden das sicher auch nicht so sehr ernst nehmen, wenn sie das Gefühl hätten, daß die übrigen europäischen NATO-Partner ihren Verpflichtungen nachkämen. Dem ist nun leider nicht so.

Die Fortschritte in der militärischen Integration sind steckengeblieben. Hier ist man auch bereit, besondere eigenständige Wünsche von de Gaulle gelten zu lassen, wenn eben die NATO als Ganzes damit nicht Schaden leidet. Man wird also wahrscheinlich die NATO jetzt befassen wollen auch mit wirtschaftlichen Fragen. Und hier berühren wir uns mit den amerikanischen Vorstellungen unmittelbar sehr eng.

Es ist in diesem Kreise auch schon einmal davon gesprochen worden, daß die Lage Sowjetrußlands, selbst wenn man im Augenblick offenkundig den Versuch macht, die Spannungen zwischen Rotchina und Sowjetrußland¹⁰ etwas unter der Decke zu halten, schwierig ist. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, der heute bei der Besprechung dabei war, nimmt die Sache ernst und teilte mit, auf beiden Seiten würden wegen der dauernden Zwischenfälle an der Grenze Verteidigungsmaßnahmen getroffen werden. Es sei schon richtig, wenn man annimmt, daß Sowjetrußland gehalten ist, den ostsibirischen Raum doch stärker wirtschaftlich zu aktivieren und mit Menschen zu durchsetzen. Sonst wäre der Aggression schwer zu entgehen.

Mag das auch keine unmittelbare Bedrohung für Sowjetrußland bedeuten, aber so wurde doch bestätigt, daß dieser Prozeß in Rußland, auch wenn er natürlich nicht

7 George W. Ball (1909–1994), Rechtsanwalt; amerikanischer Diplomat und Politiker, 1961–1966 stv. Außenminister der USA. – Gespräch mit Ball am 12. November 1963 (Terminalkalender Erhard; AAPD 1963 S. 1434–1437).

8 Die sogenannte Kennedy-Runde im GATT-Ministerrat verhandelte über Zollsenkungen zur Liberalisierung des Welthandels.

9 Vom 16. bis 21. Mai 1963 (AdG 1963 S. 10584 f.).

10 Vgl. Nr. 11 Anm. 1.

festen Formen annimmt, doch die russische Volkswirtschaft sehr stark in Anspruch nimmt.

Was ich immer vermutet habe und was jetzt nach neueren Untersuchungen der Amerikaner bestätigt worden ist – das ist vertraulich, aber ich kann es hier ruhig sagen –, ist richtig, daß nämlich die Gold- und Devisenbestände in Sowjetrußland nicht so groß sind, als man allenthalben im Westen manchmal angenommen oder befürchtet hat.

Die Weizenkäufe mindern etwa den Gold- und Devisenbestand um eine Milliarde Dollar.¹¹ Es wird nicht mehr als eine Milliarde nach allgemeiner Annahme bei der Reserve in Sowjetrußland z.Z. übrigbleiben. Das ist außerordentlich wenig. Die laufende Goldproduktion ist nicht nur sehr teuer, sondern sie reicht gerade aus, um sozusagen das Allerdinglichste im laufenden Geschäft zu besorgen, so daß diese Beengung fort dauert. Aus diesem Grund ist es kein Zufall – das ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden –, daß jetzt mit den Handelsverträgen Sowjetrußlands am meisten der Wunsch nach langfristigen Krediten immer lauter wird. Solange der Handelsvertrag nur im Sinne eines Naturaltauschs besteht, daß von Jahr zu Jahr der Ausgleich erzielt werden muß, kann das Volumen nicht sehr groß sein; denn gemessen an dem, was sie von uns kaufen wollen, ist das ungeheuer viel, aber im Verhältnis zu ihren Liefermöglichkeiten ist das außerordentlich bescheiden und nicht attraktiv, auch in der Zusammensetzung.

Es ist also eine Ausweitung an ganz enge Grenzen gebunden. Das haben auch die Amerikaner inzwischen eingesehen. Auch die amerikanischen Geschäftsleute – 25 bis 30 Bosse –, mit denen ich vorgestern abend gesprochen habe¹², sind ziemlich ernüchtert von Moskau wiedergekommen und haben gesagt, daß sie gar nicht lüstern darauf seien, mit Sowjetrußland große Geschäfte zu machen und ihnen lange Kredite zu geben. Dann war besonders von der Bank von Amerika die Rede. Aber sie erklärten, das alles stimme nicht; sie wüßten genau, daß hier nichts drin liege, und die Investitionsgüter und Kapitalgüter wollten sie nicht liefern, um die russische Kraft nicht zu stärken. Bei den Konsumgütern ist an sich das Volumen bescheiden. Dazu werden sich die Russen bei ihren knappen Gold- und Devisenvorräten nicht von ihren letzten Reserven entblößen wollen. Das ist der neuralgische Punkt Sowjetrußlands, insbesondere wenn jetzt noch verstärkt die weiteren Anstrengungen dazukommen.

Ball sagte: Es ist schon eine gewisse Kürzung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Und hier spüren wir doch, daß eben dieser monolithische Block nicht so stark ist im ganzen gesehen, wenn ich das Ökonomische, das Politische und Militärische zusammennehme, als man vielleicht allgemein angenommen hat.

¹¹ Am 9. November 1963 genehmigte die US-Regierung den Verkauf von Weizen an die UdSSR (AdG 1963 S. 10846 f.).

¹² Abendessen bei Botschafter McGhee am 10. November 1963 (Terminkalender Erhard).

Die Amerikaner sind ohne Illusionen. Und die Vorkommnisse auf der Autobahn haben natürlich auch einen gewissen Schock ausgelöst.¹³ Niemand weiß in Amerika eine bündige Erklärung über die Hintergründe. Die einen meinen, die erste Aktion sei sozusagen nur eine militärische Panne gewesen, von der Chruschtschow und Gromyko nichts wußten.

Eine zweite Gruppe meinte, hiermit sei schon Prestige verbunden gewesen. Eine dritte Gruppe meint, das seien gezielte Aktionen, um zu einer neuen Regelung in der Benutzung der Autobahn auch für die Alliierten zu kommen.

Wie dem auch sein mag, sie sind jedenfalls nicht darauf gefaßt gewesen, daß jeden Tag sich etwas Neues ereignet hat. Heute ist ein neuer Konvoi losgefahren. Es ist noch keine Meldung da, ob er glücklich zurückgekommen ist oder wieder angehalten wurde. Niemand kann das genau sagen.

Wir haben in der Zwischenzeit, wie Sie wissen, Handelsvertretungen errichtet, nicht nur in Warschau, sondern auch in Budapest und in Bukarest.¹⁴ Das wird von den Amerikanern an sich begrüßt, wobei es selbstverständlich ist, daß wir nicht über den Handel mit diesen Ländern indirekt einen Abfluß von wertvollen Investitionsgütern an Sowjetrußland ermöglichen. Wir werden also den Handel, bei allen Bemühungen, ihn zu normalisieren, aber doch auch dahingehend überwachen müssen, welche Güter spielen hierbei eine Rolle. Wir dürfen den Satellitenstaaten keine langfristigen Kredite geben, sonst wäre das das offene Loch, aus dem wiederum Sowjetrußland gespeist werden würde.

Das scheint mir so die Situation zu sein, wie sie sich im Augenblick darstellt. Die Amerikaner wollen – das hat schon Rusk versichert, als er bei der Marshall-Feier in der Paulskirche war¹⁵, und Ball hat es bestätigt – in Deutschland vor allen Dingen ihren militärischen Einsatz der kämpfenden Truppe unter keinen Umständen verstärken, sie wollen in anderen Teilen Europas auf dem Gebiete der Logistik vielleicht etwas lockerer werden, wollen aber die Transportmöglichkeiten innerhalb Europas und von Europa nach den Vereinigten Staaten stärken. Aber die Kampftruppen bleiben in Deutschland ungeschwächt.

Ich habe mir Mühe gegeben, verständlich zu machen, warum das deutsche Volk auf dieser Seite außerordentlich empfindlich ist und sehr nervös reagiert. Ich hatte seinerzeit schon den Herren Rusk und Ball in Genf die Frage gestellt: Wie ist es eigentlich in Amerika, wenn vor der Wahl, die im November in den Vereinigten

13 US-Militärkonvois wurden auf ihrem Weg nach Berlin im Oktober und November 1963 von Streitkräften der UdSSR mehrmals auf der Autobahn festgehalten (AdG 1963 S. 10854 und S. 10898 f.). Erklärung von Rusk vgl. „Süddeutsche Zeitung“ und FAZ vom 11. November 1963.

14 Handelsabkommen mit Polen am 7. März 1963, mit Ungarn am 9. November 1963, mit Rumänien am 17. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10452, 10899 und 10858).

15 Am 27. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10876 f.).

Staaten stattfindet¹⁶, z. B. Präsident Eisenhower sagt, es würde eine Division durchaus genügen, um die amerikanische Flagge vorzuzeigen, und die anderen amerikanischen Truppen könnten nach Amerika zurückkehren. Das sagt man nicht, wenn man nicht annehmen muß, daß unter Umständen eine solche Aussage und eine solche Vorstellung im amerikanischen Volk populär sein könnte. Ich muß sagen, das beunruhigt mich mehr als die einseitige Aussage von Eisenhower, denn der kann sich täuschen. Aber er ist kein unpolitischer Mann; denn er war schon Präsident der Vereinigten Staaten, und würde – wie ich meine – nicht etwas so Herausforderndes an die öffentliche Meinung bringen, wenn er nicht doch daran dächte, vielleicht sind die Amerikaner damit ansprechbar.

Aber Rusk und Ball haben mich völlig beruhigt. Sie sagten: Die Zeit des Isolationismus in Amerika ist endgültig vorbei. Wir könnten uns darauf verlassen. Gerade wir in Deutschland sind im Augenblick für die Amerikaner sozusagen noch die Garanten dafür, daß Europa eben nicht zu Ende geht, daß die Integration in Europa nicht abstirbt, sondern daß sie immer neues Blut und immer neue Nahrung erhalten wird.

Wenn im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde auch die atlantische Welt etwas enger zusammenarbeitet in ihren Handelsbeziehungen, werden wir eine Einigung finden in der NATO in bezug auf die Behandlung Sowjetrußlands.

Wenn überhaupt die Bereitschaft innerhalb der NATO zur Integration sich weiter verstärkt, dann sind also die amerikanischen Wünsche erfüllt. Dann wird Amerika sich nicht vom Kontinent entfernen, sondern es wird mit einer solchen Entwicklung noch stärker auf dem Kontinent herangeführt werden.

Amerika ist sehr stark daran interessiert, mit Frankreich irgendeinen Modus vivendi zu finden. Ob der Besuch von de Gaulle in Washington im nächsten Frühjahr Wirklichkeit wird¹⁷, kann noch nicht absolut gesagt werden. Man nimmt noch an, daß es zu einer Begegnung kommen wird. Man verspricht sich davon keine Wunder, aber doch eine Verbesserung der Atmosphäre; denn wir sollten uns nicht täuschen, die sentimentale Liebe Amerikas zu Frankreich bleibt trotz aller Zerstörungen erhalten. Deshalb müssen wir die Freundschaft mit Frankreich pflegen sowohl in Beziehung auf unsere zweiseitige Politik wie auch in bezug auf die europäische Politik. Aber wir müssen auch die Freundschaft mit Amerika pflegen und das Bündnis erhalten.

Es gibt hier keine Alternative, nicht ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch. Und wenn wir auch noch nicht kühn genug sind oder vielleicht sogar größenwahnsinnig, um zu glauben, Deutschland könnte eine Mittlerrolle zwischen Frankreich und Amerika spielen, so haben wir doch sicher einen Einfluß auf beide

16 Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen in den USA am 3. November 1964 (AdG 1963 S. 11519).

17 Der Besuch fand nicht statt, jedoch konferierte de Gaulle anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Kennedy am 25. November 1963 mit dem neuen Präsidenten Johnson (AdG 1963 S. 10926).

Partner, um aus ihrer etwas verzerrten Haltung zu einer besseren Auflockerung, zu einem Gespräch und zu einer Mäßigung auf beiden Seiten zu kommen.

Damit wären ungefähr die Positionen nach außen bezogen, ohne daß ich damit Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

In der Innenpolitik stehen wir vor einer Reihe von schwierigen Aufgaben, vor allen Dingen dann – und das ist unabdingbar –, wenn wir die Erhaltung der Stabilität unserer Wirtschaft und unserer Währung obenanstellen. Und welcher Kanzler wäre mehr berufen, diese Devise mit allem Nachdruck zu vertreten und zu verteidigen als ich aus meinem ganzen Herkommen heraus.

Hier stehen schwierige Fragen an. Wir haben es in der Regierungserklärung¹⁸ deutlich gemacht und sind in der Zwischenzeit auch zu so etwas wie zu einer Rangordnung der Werte gekommen. Ich habe mich in einer ganzen Reihe von Gesprächen mit den Koalitionsausschüssen in dieser Richtung bemüht, um Klarstellungen herbeizuführen. Es ist nicht ganz leicht. Man kommt natürlich von den Vorstellungen der Gruppeninteressen nur sehr schwer ab. Und was ich gerade in den letzten Tagen erlebt habe, war alles andere als ermutigend. Aber es sieht doch in dieser Richtung so aus, daß einige Hoffnung berechtigt erscheint, hier doch die Dinge durchziehen zu können.

Das erste ist das sogenannte Sozialpaket.¹⁹ Sie wissen, daß wir immer dafür gekämpft haben, das Sozialpaket nicht auseinanderreißen zu lassen; denn es ist logisch ein Ganzes. In bezug auf das Kindergeld gibt es im Augenblick keine Differenzen; nur ist eine Verbindung dergestalt nicht zu lösen, weil die Übernahme des Kindergeldes von der privaten Wirtschaft auf den Staat natürlich eine einseitige Belastung brächte, während wir genau wissen, daß durch die Lohnfortzahlung eine zusätzliche Belastung auf die Wirtschaft zuläuft.

Wir haben ausgerechnet, daß bei einer Versicherungsgrenze – ich spreche jetzt in der Terminologie der Regierungsvorlage – von DM 750,- unter dem Strich aus der Lohnfortzahlung für die gewerbliche Wirtschaft eine Belastung von ungefähr 1,4 Milliarden DM erwächst. In der Zwischenzeit haben die Fraktionen die Versicherungsgrenze auf DM 850,- erhöht. Damit erhöht sich auch die Belastung auf 1,8 Milliarden DM. Dem steht allerdings ein Gegenposten gegenüber. Bei der versicherungsrechtlichen Lösung, die wir bisher hatten, hat der Arbeiter, der krank war oder krank gefeiert hat, weniger Steuern zu bezahlen als der durcharbeitende Arbeiter; also ein unmöglicher Zustand.

Das wäre geradezu „die Aufforderung zum Tanz“. Aus diesem Grunde hat sich der Finanzminister auf den Standpunkt gestellt, wenn jetzt bei der Lohnfortzahlung nach dem arbeitsrechtlichen Prinzip die Lohnsteuer gezahlt wird, wenn der volle Lohn vom ersten Tag an gegeben wird, dann nehmen Bund und Länder insgesamt rund 310 Millionen DM mehr ein.

¹⁸ Vgl. Anm 1.

¹⁹ Vgl. Nr. 11 S. 516 f.

Deshalb soll ein versicherungsmäßiger Ausgleich geschaffen werden. Damit verzichten sie nicht auf etwas – früher hätten sie es auch nicht gehabt –, wenn man das aber heranzieht, wird die arbeitsrechtliche Lösung erleichtert und auch das Risiko von der Unternehmenseite kalkulierbar. Im ganzen kann man also sagen, die sich abzeichnende Lösung bedeutet vom Arbeitnehmer aus gesehen, eine arbeitsrechtliche Lösung, während sie de facto vom Arbeitgeber aus stark versicherungsrechtliche Züge trägt.

Sie wissen, daß ich für die arbeitsrechtliche Lösung eingetreten bin, obwohl sich unsere mittelständischen Kreise zunächst mit dieser Regelung nicht ohne weiteres abfinden wollten.

Aber ich glaube, die Herstellung personaler Beziehungen und die unmittelbare Verantwortung, die damit sichtbar gemacht wird, in dem personalen Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, wird gute Wirkungen zeigen. Jedenfalls entspricht sie einem modernen sozialen Geist und einer größeren Aufgeschlossenheit. Ich bekenne mich voll dazu.

Ich glaube, daß unser Koalitionspartner schlecht beraten ist oder sich einer Illusion hingibt, wenn er weiter auf der versicherungsrechtlichen Lösung beharrt; denn damit wird er bei unserem Mittelstand keine Blumentöpfe erben können.

Ich habe mit mittelständischen Kreisen gesprochen, die mir sagten: Wenn die Sache jetzt so über die Bühne geht, dann können Sie von uns nicht erwarten, daß wir „Hosianna“ rufen, aber wir werden uns auch nicht länger dagegen stemmen, sondern uns damit abfinden, und bis zur Wahl wird das nicht nur vergessen, sondern auch verdaut sein.

Ich habe also keine großen Sorgen, wenn ich die Sache von diesem Standpunkt aus betrachte. (*Kiesinger*: In Baden-Württemberg sieht es ganz anders aus. Ich muß das ausdrücklich sagen. Wir haben Wahlen im nächsten April!) Herr Kollege Kiesinger: Kein Mensch, auch keine Partei ist mehr der Meinung, daß eine Lohnfortzahlung nicht Platz greifen soll. Es ist also so oder so die gleiche strukturelle Belastung. Und wenn wir ein Modell bauen – die Vorstellungen darüber sind sehr klar –, dann kann es sein, daß der Arbeitnehmer kein größeres Risiko hat, als er bei der versicherungsrechtlichen Lösung hätte; denn das Risiko ist kalkulierbar und nach oben zu berechnen.

Es bedarf nur einiger Aufklärungen. Und bis zur Wahl in Baden-Württemberg, an der mir ebenso gelegen ist wie Ihnen, Herr Kollege Kiesinger, werden wir keine Schwierigkeiten haben.

Wichtig ist natürlich, daß wir die Lohnfortzahlung verbinden mit der Versicherungsreform. Hier muß natürlich die Koalition unter allen Umständen zusammenstehen. Deshalb möchte ich im Augenblick das Koalitionsklima durch einseitige Aussagen hier und da nicht zu sehr stören; denn das können wir nur mit unserem Koalitionspartner machen. Die Sozialdemokraten werden unter allen Umständen dagegen sein. Aber es ist die Selbstbeteiligung und die unmittelbare Heranführung auch des Arbeitnehmers an die Verantwortung des steigenden Wohlstandes.

Herr Erler hat die Devise gegeben, daß die moderne Sozialpolitik Wohlstands-

politik sein soll.²⁰ Das können wir tun, indem wir unsere Sozialgesetzgebung aus der Anonymität und aus dem kollektiven Feld herausnehmen und übergehen zur individuellen menschlichen Verantwortung. Ganz gleichgültig, wie man zu den zwei Fronten denken mag und wie alternativ das ist, der Gedanke der Selbstbeteiligung als solcher ist zweifellos gut. Kein Gesetz ist für die Ewigkeit bestimmt. Vielleicht machen wir auch Erfahrungen, die es uns ermöglichen, wenn das Gesetz verabschiedet ist, zu einer Lösung zu kommen.

Im Augenblick zeichnen sich zwei Alternativen einer Lösung ab: Im Verhältnis zum Koalitionspartner entsprechende Wiederherstellung der alten Regierungsvorlage. Das würde bedeuten die Zurückführung der Versicherungsgrenze auf DM 750,-, und fertig! Oder aber – und ich glaube, wir sollten den zweiten Weg gehen – die Versicherungsgrenze unserem Wunsch entsprechend auf DM 850,- zu erhöhen, aber für das Einkommen ab DM 1.250,- das Rückerstattungsprinzip anzuwenden, das im Grunde genommen an sich ein gutes Prinzip ist, das man nicht mit einem Sprung herbeiführen kann. Dazu bedarf es noch etwas mehr Wohlstand, um das allgemein populär und praktikabel zu gestalten.

Das ist also die Lösung, die wir hier durchführen müssen. Im Haushalt mußten wir sehr streng operieren. Der Verteidigungshaushalt mußte drastisch gekürzt werden gegenüber den ursprünglichen Forderungen. Wir haben allerdings die Dinge in Ordnung gehalten, als wir nämlich die Reste, die aus dem Jahre 1963 übrigbleiben – das sind 800 Millionen aus dem Verteidigungshaushalt – remobilisierten. Sie werden auch à conto der Bundesbank festgelegt und stehen dem Verteidigungsminister für das kommende Jahr 1964 zur Verfügung. Das ist dasselbe Prinzip, das wir bei der Landwirtschaft angewandt haben. Auch hier sind 250 Millionen DM, die an sich die Bauern bekommen sollten, im Jahr 1963 nicht mehr zur Auszahlung gekommen. Die werden aber für die landwirtschaftliche Bevölkerung reserviert. Wir hoffen sogar, ein Verfahren zu finden, das einen schnellen Abschluß mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung ermöglicht.

Schwierig ist es mit den Kriegsopfern. Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Kriegsopferversorgung vorgelegt²¹ mit einer Gesamtbelastung von 645 Millionen. Wenn Sie bedenken, daß für die Kriegsoffer bisher 400 Millionen aufgewendet wurden, ist das eine Steigerung von 15 %. Das ist die große Steigerung, die wir überhaupt in allen Ausgaben haben. Trotzdem haben sich die Kriegsoffer damit nicht zufrieden gegeben. Unter dem Banner von Frau Probst ist man losgezogen und ist schließlich in beiden Koalitionsfraktionen – wobei man nicht weiß, wer der Führende ist und wer die Geführten waren und wie die Spieluhr gelaufen ist – auf eine Gesamtbelastung von 1,2 Milliarden gekommen.

20 Am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 4264).

21 Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts (Zweites Neuordnungsgesetz – 2. NOG) vom 21. Februar 1964 (BGBl I S. 85). Entwurf der Bundesregierung vom 7. Juni 1963 (Drs. IV/1305). Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3788–3792.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir im Haushalt eine solche Summe allein für die Kriegsoffer aufbringen sollen; denn Kriegsoffer ist ja – entschuldigen Sie, das soll keine Profanierung sein – kein Beruf. Die Kriegsoffer sind ja alle in Arbeit und nehmen an allen sozialen Wohltaten und Fortschritten teil, sei es bei der Lohn- und Gehaltssteigerung, bei der Rentenversicherung und dergleichen mehr. Das ist also heute nur noch ein Zusatz für die Kriegsoffer. Wir haben es ausdrücklich anerkannt in der Regierung, aber natürlich alles mit Maß und Ziel. Und es war, wenn wir einen verantwortungsbewußten Haushalt aufstellen und sichern wollen, einfach unmöglich, hier 1,2 Milliarden unterzubringen.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir den Haushalt mit 60,3 Milliarden abschließen werden. Das ist ein Mehr gegenüber dem letzten Haushalt von ungefähr 3,5 Milliarden. Das entspricht einer Steigerung des Bruttosozialprodukts, realiter gesehen, von 4,2 %. Wir haben natürlich auch der freundschaftlichen Gefühle der Länder wegen etwas eingesetzt für den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, aber ich will das nicht weiter vertiefen. Am Freitag werde ich ein zweites Gespräch mit den Ministerpräsidenten der Länder führen. Ich hoffe, daß wir uns verständigen werden.²²

Insgesamt werden die Steuereinnahmen vom Bund nicht mehr als 6 % betragen. Das scheint mir aber auch die äußerst vertretbare Grenze zu sein; denn wir haben es immer wieder erfahren, daß die Steigerungssätze im Bundeshaushalt für alle anderen Gruppen, für die Industriegewerkschaften und für alle Lohnfindungen sozusagen wie eine Norm und wie eine Formel gehandhabt werden. Immer ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir keine Disziplin wahrten, denn die öffentliche Hand sei viel ausgabefreudiger als viele private Gruppen. Das ist natürlich nicht richtig; denn die öffentliche Hand ist nicht von vornherein und nicht primär ausgabesüchtig, aber sie wird immer wieder durch die einzelnen Gruppen wie Kriegsoffer usw. dazu gedrängt, mehr Geld auszugeben.

Darum habe ich den Versuch gemacht, mit den Kriegsoffern so fertig zu werden, daß ich sagte: Wir machen einen Plan, wie es der Vorstellung der Regierungserklärung entspricht. Wir müssen ja jedes Jahr den Haushalt an sich verabschieden. Aber wir wollen einen Betrag einbetten in einen etwas größeren Zeitraum. Dieser Zeitraum, der sich anbietet, sind die Jahre 1963 bis 1965.

Dann haben wir Bundestagswahl. Man könnte den Kriegsoffern helfen, daß man im Jahre 1963 645 Millionen gewährt, aber zugleich die Rechtsverpflichtung für die 1,2 Milliarden mit einbaut, und zwar ab 1. Januar 1965.

Das würde den Vorstellungen der Kriegsoffer entsprechen. Auf dieser Basis hat sich auch zwischen den Koalitionsgruppen eine Einigung ergeben. Die einzige Persönlichkeit, die dagegen war und ist, ist Frau Probst. Ich war gerade bei der Fraktion und habe dort ziemlich deutlich meine Meinung gesagt, daß es unmöglich ist und daß sich die Bundesregierung auf keinen Fall darauf einlassen kann. Ich habe

²² Am 15. November 1963 (Terminkalender Erhard).

mit aller Offenheit und unmißverständlich angekündigt, wenn Frau Probst gegen die Überzeugung der überwältigenden Mehrheit obsiegen sollte und wenn sie die Koalition auseinanderlasse, daß ich die Regierung im Kabinett auffordern würde, den Artikel 113 des Grundgesetzes²³ anzuwenden.

Aber stellen Sie sich doch bitte einmal vor, in welcher Situation wir dann wären, wenn eine Regierung den Artikel 113 nicht anwendet gegen die Überforderung der Opposition, sondern gegen die Forderungen aus der eigenen Fraktion. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, das kann sich auch Frau Probst nicht leisten. Ich hoffe, daß die Koalition dafür steht. Ich habe gestern in einem Gespräch gesagt: Sorgen Sie dafür, daß Frau Probst nicht aus der Reihe tanzt und es uns nicht allzu schwergemacht wird, uns zu mäßigen und auf diesen Boden zu begeben. Ich hoffe, daß das gelingen wird.

Über den Haushalt brauche ich sonst weiter nichts zu sagen. Ich will es nicht weiter vertiefen. Über das Bund/Länder-Verhältnis habe ich schon gesprochen. Ich glaube, das muß verbessert werden. Aber der nächste Schritt muß eine Klimaverbesserung sein für die Einigung über den Bund/Länder-Anteil. Vielleicht reifen auf beiden Seiten nicht alle Blümenträume, aber man kann wohl eine Verständigung herbeiführen. (*Zuruf: Zahlen nennen!*) Nein, meine Herren, ich nenne keine Zahlen; ich denke nicht daran.

Meine Damen und Herren! Wir werden heute nachmittag einen Kleinen Parteitag abhalten.²⁴ Es kommt alles darauf an, daß jetzt die Fraktion zusammensteht und daß wir uns vor allem von jenem Geist befreien müssen, daß wir alles nur sehen als eine Addition von Gruppeninteressen und Gruppenwünschen, wobei nämlich das Ganze völlig verlorengeht.

Ich kann das nicht deutlich genug sagen. Ich bin überzeugt, ich habe recht. Ich bin willens, es zu praktizieren. Wir werden die Wahl nicht gewinnen, wenn wir in verschiedenen Gruppen hinterherlaufen und jede glaubt, vom Staat etwas herausholen zu können, wenn sich also die Fraktion praktisch in einen Gegensatz zur Bundesregierung stellt. Wir müssen wieder Geschlossenheit zeigen! Ich bin überzeugt davon, das deutsche Volk hat geradezu eine Sehnsucht danach, wieder einmal härter angepackt zu werden und eine Regierung zu besitzen, die handelt und hart operiert und auch einmal nein zu sagen vermag. (*Starker Beifall.*) Wenn wir das deutlich machen, wenn dieser Geist unsere Partei durchdringt, dann habe ich für die Zukunft nicht die geringste Sorge.

Die SPD ist so stark und so schwach, als wir es wollen; als wir selbst Härte und Stärke in uns bezeugen. Ich habe keine Angst vor diesen Umarmungen und Clinchs und was sonst noch diese modernen Schlagworte bedeuten. Im Grunde genommen ist es nur das Wissen darum, daß die SPD ihr Pulver verschossen hat und daß sie nur noch gedeihen kann, wenn sie sich so eng wie möglich an uns anlehnt. Es fällt ihnen

23 Art. 113 GG regelt die Zustimmung (oder die Verweigerung) der Bundesregierung bei Ausgabeerhöhungen oder Einnahmeverminderungen durch den Bundestag. Vgl. Nr. 4 Anm. 42.

24 Protokoll des Kleinen Parteitages in ACDP VII-001-331/1.

tatsächlich nichts mehr ein. Wir können kaum so schnell reagieren, weil sie schon wieder eine Annäherung vollzogen haben.

Ich bin überzeugt, es wird gerade bei den gerade anstehenden Gesetzen nicht an Kontrasten fehlen, so sehr wir bereit sind, uns mit einem politischen Widersacher einmal zu versöhnen und die Streitaxt zu begraben. Aber wir sind ebenso entschlossen, hart zu kämpfen, wenn es not tut und wenn wir vor allem unsere eigenen Absichten und unseren eigenen Willen deutlich sichtbar machen wollen. Ich bin der Meinung, daß es uns bis zur Wahl 1965 gelingen wird, der CDU/CSU wieder ein stärkeres Profil und klarere Konturen zu geben. Das bedeutet nicht Feindschaft schlechthin, sondern nur die Besinnung auf uns selbst. Wir wollen den Wahlkampf nicht so sehr contra gegen diesen oder jenen führen, sondern wir wollen zeigen, wer wir selber sind; denn das wirkt sehr viel überzeugender, als immer bloß den Contra-Stil im Wahlkampf anzulegen, obwohl es natürlich nicht daran fehlen soll, wo es notwendig ist und wo wir unsere Position zu verteidigen haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Erhard für seine ausführlichen Darlegungen und darf fragen, ob das Wort gewünscht wird. Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Ich möchte mit der Diskussion anfangen, weil wir bei uns in Baden-Württemberg die erste Schlacht gemeinsam schlagen wollen. Ich stimme Ihnen, Herr Bundeskanzler, in Ihrer Grundauffassung durchaus zu, daß der Erfolg mit der CDU/CSU sein wird, wenn wir eine ganz entschiedene, möglicherweise vielleicht sogar auf den ersten Anschein unpopulär erscheinende Politik machen. Das gilt praktisch schon für die nächste Bundestagswahl. Bis dahin kann man das nämlich überzeugend darstellen.

Ich habe aber gewisse Sorgen im Hinblick auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April des nächsten Jahres. (*Erhard:* Ich werde mich stark dafür einsetzen!) Ich danke Ihnen! Wir rechnen damit. Ich will dazu einige Dinge sagen, die vielleicht noch manches schärfer beleuchten können, was Sie gesagt haben. Sie sagten nämlich, diese Umarmungspolitik der SPD sei nicht sehr gefährlich. Sie ist es aber nach meiner Überzeugung noch mindestens für die Wahl im April 1964 in Baden-Württemberg. Es ist eine merkwürdige Situation in der Bevölkerung entstanden. Es kann sein – es ist auch der Fall –, daß unser Bundeskanzler eine sehr große Popularitätskurve hat. Damit verbindet aber der einzelne Wähler sehr oft eine gegenteilige parteipolitische Entscheidung.²⁵

Das kommt daher, daß in der letzten Zeit in der Politik die großen Gegensätze fehlten. Wir sind in den letzten Jahren durch diese Annäherung der SPD, insbesondere auf außenpolitischem Gebiet, ein wenig hineingeraten in dieses Palaver der Interessengruppen. Nun ist es so, daß der Wähler sagt: Den Mann kenne ich, das ist ein

²⁵ Im November 1963 stand die CDU den Ansichten von 47 % der Bürger am nächsten, während sich 51 % mit der Politik Erhards einverstanden erklärten. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 427 und 310.

bedeutender Staatsmann. – Der Wähler entscheidet aber nach seinen Interessen. In der Zeit der großen Auseinandersetzung über die Außenpolitik kam es durchaus vor, daß z. B. ein Arbeiter, der sonst die SPD gewählt hat, gegen diese Partei wählte und sich für uns entschieden hat, weil ihm hier die große Politik wichtiger war.

Besonders notwendig ist es, in den kommenden Jahren wieder große Politik sichtbar zu machen; denn sonst wird die SPD, die sich auf dem Gebiete der Außenpolitik und zum Teil auch der Innenpolitik ganz eng an uns herangepircht hat, tatsächlich gefährlich. Das kann man aber nur, wenn man eine gewisse Zeit zur Verfügung hat und wenn man wieder überzeugend Politik aus einer Schau darstellt, überwinden.

Wir müssen es versuchen, dies schon bis zu unserem Wahlkampf herbeizuführen. Es ist aber eine verdammt kurze Zeit, die wir bis dahin noch zur Verfügung haben. Bis dahin werden sich ohne Zweifel solche Gesetze wie bei der letzten Landtagswahl – Sozialpaket, Kriegsoffer, Heimkehrer²⁶ usw. – sehr schwierig für uns erweisen.

Es ist merkwürdig, wir haben heute in Baden-Württemberg das industrie-intensivste Land der Bundesrepublik, und zwar mehr als Nordrhein-Westfalen. Das heißt, wir haben pro tausend Einwohner die meisten Industriebetriebe, aber bis jetzt haben wir relativ immer noch die zweitkleinste SPD unmittelbar hinter Bayern. Das ist eine Leistung unter solchen Umständen. Wie lange wir das halten können, ist eben die große Frage. Wir sind auf der anderen Seite das handwerk-dichteste Land der Bundesrepublik.

Nun werden wir mit dem Sozialpaket Widerstände in der Arbeiterschaft bekommen. Das muß ich noch einmal sehr stark betonen. In der Handwerkerschaft sind die Lohnfortzahlungen ein Anliegen allerersten Ranges. Ich möchte wenigstens auf den Ernst dieser Problematik hingewiesen haben. Wir haben noch ein anderes strukturelles Problem. Ich bin überzeugt, die Sozialdemokraten werden nicht viel gewinnen bei uns, aber wir haben eine besonders große FDP. Dort ist noch ihre Hochburg. Wir haben in Baden-Württemberg 4 % und noch mehr Plus gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Und da wir in einer guten Koalition mit der FDP leben, was natürlich auf die Koalition im Bund etwas zurückschlägt, bedeutet das, daß es Leute gibt, die in der Bundestagswahl, weil sie nicht zufrieden sind mit gewissen Leuten, die hier in der FDP sitzen, CDU wählen, aber zu Hause ihrer alten freisinnigen Tradition treu bleiben, so daß der Fall eintreten konnte, daß durch einen Zuwachs der FDP die CDU Stimmen verliert, wodurch die SPD die Chance bekommen könnte, unter Umständen die stärkste Partei zu werden. Wir tun alles, um das zu verhindern. Das ist selbstverständlich, aber die Situation ist nicht leicht, sondern im Blick auf die gegebenen Umstände zumindest problematisch.

26 Drittes Gesetz zur Änderung des Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes (3. ÄndG KgfEG) vom 17. August 1964 (BGBl I S. 637).

Erhard: Die vier Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg waren bei mir.²⁷ Der Wahlkampf in Baden-Württemberg muß gezielt und stark beim Mittelstand ansetzen, und es muß eine große Aufklärung getrieben werden.

Auf der anderen Seite glaube ich, gerade die FDP in Baden-Württemberg kann es sich unter keinen Umständen leisten, mit der SPD zusammenzugehen, selbst wenn diese wider Erwarten die stärkste Partei werden sollte. (*Kiesinger:* Sie hat es schon einmal gemacht!) Aber seit dieser Zeit sind sie besonders vorsichtig geworden. Ich glaube, daß die FDP wegen ihrer Balance besorgt ist, weil sie sagt, wenn der „liberale“ Erhard Kanzler ist und in der CDU eine führende Rolle spielt, werden viele Wähler von uns sagen, warum wählen wir nicht gleich CDU. Ich weiß, daß solche Überlegungen bei der FDP vorhanden sind. Ich will dem kein großes Gewicht beimessen, ich weiß nicht, wie es ist, aber wir müssen uns über die Strategie im Wahlkampf von Baden-Württemberg noch unterhalten. Es muß jedenfalls noch viel dafür getan werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich muß noch eine Zahl bekanntgeben, über die Strukturveränderung, die wir in den letzten Jahren zu verzeichnen haben. Wir haben eine Ballung bei uns, wie sie noch nicht da war. Sie ist in der letzten Zeit beängstigend geworden. Die einzelnen Bezirke sind sehr verschiedenartig in ihrer Industrie-Dichte. Pro tausend Einwohner werden beschäftigt in Nord-Württemberg 210, Baden und Süd-Württemberg 177 und Südbaden 142.

Es wird aber noch bedenklich, wenn man einige Teilgebiete betrachtet. Wenn man z. B. den Stadtumfang von München mit Stuttgart vergleicht, so bekommt man für Stuttgart eine Einwohnerzahl von 1,3 Millionen. Wir haben in Nord-Württemberg ein Ballungsgebiet von 250 Menschen pro tausend Einwohner, die in der Industrie beschäftigt sind.

Dazu kommt, daß der baden-württembergische Wähler der bewegungsfreudigste ist, d. h., er ist am wenigsten an einen Berufsstand gebunden. Das ist uns bei den Wahlen 1953 und 1957 zugute gekommen. Wir haben damals in diesen beiden Wahlen sogar auf Kosten der SPD Leute aus ihren Stammburgen weggeholt. Das sind die Leute, die wir 1961 zum Teil wieder verloren haben. Auch bei den Landtagswahlen im Jahre 1960 haben sie uns nicht mehr wiedergewählt.

Dieselbe Mentalität, nämlich die Bereitschaft, die Partei zu wechseln, ist nicht nur bei den Wählern vorhanden, die von der SPD gekommen und dann teilweise wieder zurückgegangen sind, sondern sie ist auch bei unseren Wählern festzustellen. Deswegen ist in dieser Wahl, die jetzt kommen wird, alles möglich, d. h., es ist eine sehr negative, aber auch eine sehr positive Wahl für uns möglich. Wir müssen uns aber von den gegenwärtigen Belastungen befreien; denn wenn sich das nicht ändert, werden wir am Tag nach der Wahl mit einem sehr ernüchterten Kopf dastehen.

27 Dr. Franz Gurk, Anton Dichtel, Dr. Klaus H. Scheufelen, Eduard Adorno – Termin nicht zu ermitteln.

Erhard: Ich glaube, wir resignieren zu sehr vor der Tatsache, daß wir nämlich glauben, die industriellen Ballungen müßten für uns unter allen Umständen schädlich sein. Das stimmt aber nicht. Ich sehe für uns noch ein sehr großes Reservoir in der Arbeiterschaft nämlich dann, wenn wir unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik glaubhaft machen. Das kann man z. B. aus der Wahl in Niedersachsen analysieren. Es ergibt sich hier folgende interessante Feststellung: Die größten Gewinne, die die CDU dort erzielt hat, sind nicht auf dem Land, sondern in den Städten, besonders in Hannover und in Braunschweig, erzielt worden. Und das will schon etwas heißen.

Kiesinger: Ich bin nicht so skeptisch wie Herr Scheufelen, aber woran mir liegt, ist folgendes: Wir wollen jetzt nicht eine Strategie für die Wahlen in Baden-Württemberg festlegen, sondern ich will nur auf den Ernst der verhärteten Problematik aufmerksam machen, die vor uns liegt. Es geht darum, ob wir bis zum April nächsten Jahres erreichen können, eine überzeugende neue Programmatik und eine Einigkeit und Geschlossenheit der CDU auszustrahlen. Dazu haben wir nur noch eine verflucht kurze Zeit. Das war es, was ich zu diesem Punkt noch ausdrücklich sagen wollte.

Aber wenn ich schon einmal das Wort habe, dann darf ich zu Ihren Bemerkungen, Herr Bundeskanzler, noch zwei Dinge ansprechen. Zum deutsch-französischen Verhältnis sagte ich schon in einem Privatgespräch, daß ich nicht den Eindruck habe, daß in Amerika – jedenfalls in Regierungskreisen – der Wunsch, sich mit Frankreich zu arrangieren, sehr groß ist und daß wir keinen Grund haben, uns etwa den Amerikanern gegenüber zu entschuldigen. (*Zuruf:* Wieso?) Ich will es sehr deutlich sagen. Als ich jetzt in Amerika war²⁸, wurde mir von vielen Menschen, auch von vielen Journalisten, gesagt, man habe drüben noch den Eindruck, daß manche von uns glaubten, wir müßten den Amerikanern sagen: Ihr müßt begreifen, daß wir mit den Franzosen zusammenarbeiten.

Sie sagten, das sei längst überholt. Alle meine Gespräche, und zwar angefangen vom Präsidenten über die Senatoren bis zum Außenminister, haben mir klipp und klar bewiesen, daß sich die Amerikaner mit der französischen Haltung in diesen Fragen abgefunden haben, wenn auch ungern. Die starre Haltung von Rusk – „de Gaulle wird von uns solange negiert“ – oder diejenige von Dean Acheson²⁹ – „man muß de Gaulle durch Tatsachen zwingen, seine Meinung zu ändern“ – hat man jetzt aufgegeben, so daß wir nicht den Fehler machen dürfen, noch immer zu meinen, es wäre von uns aus nötig, hier in irgendeinem Sinn zu vermitteln. Ich glaube, die Amerikaner und die Franzosen verstehen sich ganz gut. (*Erhard:* Das habe ich doch gesagt!) Und wenn demnächst de Gaulle zum Besuch nach Amerika kommen wird, so wird das eine ganz große Sache werden.

²⁸ Vom 4. bis 22. Oktober 1963 (ACDP I-226-299).

²⁹ Dean G. Acheson (1893–1971), amerikanischer Politiker; 1941–1953 im US-Außenministerium, 1949–1953 Außenminister, 1961–1966 Leiter einer Beratergruppe für NATO-Fragen.

Nun zu einer anderen Angelegenheit! Diese Erklärungen von Eisenhower und Gilpatric³⁰, an denen etwas Wahres dran war (*Krone*: War und ist!) – ich sage: war –, hat man in Regierungskreisen sehr ernsthaft überlegt. Das habe ich bei meinen Unterhaltungen wahrgenommen. Ich habe mich sehr darüber gefreut, daß bei einer Zusammenkunft General Heusinger³¹ mit einer bewundernswerten Frische und Direktheit den Amerikanern klargemacht hat, daß sie nicht in einem Augenblick Divisionen aus Europa zurückziehen könnten, wo die anderen ihre Verpflichtungen noch gar nicht erfüllt hätten. Man dürfe das nicht als Entschuldigung nehmen, um gar nichts mehr zu tun; denn es bleibe die beunruhigende Tatsache in der NATO, daß sie auch nicht die 30 Divisionen habe, die nun einmal notwendig sind nach Meinung der Fachleute, um wirklich eine Art von Verteidigung durchzuführen, wie wir sie brauchen. Und innerhalb Europas sei es eine wichtige Sache, daß wir die europäischen Partner endlich einmal am Portepée faßten und zu versuchen, sie zu dieser Pflicht zu ermahnen. Das ist mindestens so wichtig wie bei uns die Aufgabe, die Bundeswehr so aufzubauen, wie es die Amerikaner gern möchten.

Im übrigen stimme ich Ihnen zu. In Regierungskreisen habe ich nirgendwo Illusionen vorgefunden. Ich bin immer sofort auf den Kernpunkt gegangen und habe mich nicht mit allgemeinen Erklärungen abspesen lassen. In der Bevölkerung ist viel Unsicherheit vorhanden. Ich habe noch bei keiner Amerikareise so viel Unklarheiten in der Haltung der Bevölkerung gefunden.

Aber im großen und ganzen ist man uns gegenüber nach wie vor wohlgesinnt. Aber nach wie vor besteht die leidige Tatsache, daß die amerikanischen Korrespondenten, die in Bonn sitzen, zu einem großen Teil an ihre Zeitungen unfair berichten. Das hat leider auf eine gewisse Schicht in Amerika Einfluß. Das wollte ich noch als Ergänzung zu meiner Reise sagen.

Dichtel: Ich will die Sache nicht weiter zu einer Spezialdebatte für Baden-Württemberg ausdehnen. Da wir aber vor einer Landtagswahl stehen, muß das eine oder andere noch gesagt werden. Wir in Baden-Württemberg sind uns wohl darüber einig, daß sich nach einem Tiefstand im Lauf des Jahres heute die Partei wieder auf einem guten Vorwärtsmarsch befindet. Es wird die Frage sein, wie weit kann man das bis zur nächsten Wahl weiter fördern.

Wir haben bei der letzten Wahl unter ungünstigen Verhältnissen arbeiten müssen. Damals waren die Debatten um das Sozialpaket auf ihrem Höhepunkt. Damals fanden große Massenversammlungen der Gewerkschaften auf den Marktplätzen usw. statt.

30 Rosell Gilpatric (geb. 1906), Rechtsanwalt; amerikanischer Politiker, seit 1951 mit Unterbrechungen im Verteidigungsministerium tätig, 1961–1964 stv. Verteidigungsminister.

31 Adolf Heusinger (1897–1982), Offizier; 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abt. Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr, 1960–1964 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO. – Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Adolf Heusinger. Ein deutscher Soldat im 20. Jahrhundert. Bonn 1987.

Damals haben wir empfindlich gelitten, und das dicke Ende kam nach: Das Gesetz konnte nicht verabschiedet werden.

Wir haben heute genau die gleiche Situation und stehen wieder vor der Frage des Sozialpakets. Wir haben im April nächsten Jahres die Wahl, und wir werden dafür in Baden-Württemberg etwas zahlen müssen. Diese Realität sollte man heute zumindest zur Kenntnis nehmen. Wir können aber vieles wieder aufholen, wenn uns in Baden-Württemberg die Gesamthilfe der Partei zuteil wird.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eine schlechte Wahl in Baden-Württemberg nicht gerade förderlich für die nächste Bundestagswahl sein wird. Infolgedessen hängt von dieser Wahl einiges ab. Es ist die letzte Wahl vor der Bundestagswahl. Deshalb bitten wir um weitestgehende Unterstützung. Ich habe Sie, Herr Bundeskanzler, bei einer Besprechung darum gebeten. Ich tue es heute noch einmal: Was wir tun, müssen wir bald tun, damit es bis zum April nächsten Jahres auch wirksam wird.

Wir werden an der Frage des Kindergeldes und der Kriegshinterbliebenen nicht vorbei kommen.³² Über die Größenordnung kann man sich streiten, aber niemand kann mehr geben als er hat. Deshalb muß man hier einen Ausweg finden, und die Dinge müssen so geregelt werden, daß die Lösungen auch bei der Wahl ihren Niederschlag finden. Es ist unsere herzliche Bitte, die Maßnahmen so zu treffen, daß sie für die nächste Wahl auch einen Gewinn für uns bringen.

Noch eine persönliche Bemerkung! Wenn das Sozialpaket wegen wechselnder Mehrheiten nicht mit unserem Koalitionspartner durchgezogen werden kann, dann werden wir die Zeche auf der ganzen Linie bezahlen müssen. Wir sollten auch hier das Notwendige tun, uns aber nicht mit der ganzen Sache belasten; denn wir sind ja die unmittelbar Betroffenen. Von dieser Sache hängt für die ganze Partei sehr viel ab.

Adenauer: Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, daß Aussicht besteht, daß die Koalition die Sache macht. Dahinter kommt aber das Fragezeichen „Probst“. Deshalb würde ich empfehlen, einmal Ihre Augen auf das Fragezeichen zu werfen. Denn das eine ist ganz sicher, und das möchte ich den Herren von Württemberg-Baden sagen (*Dichtel:* Baden-Württemberg, Herr Bundeskanzler!) – ich nehme alles zurück. Aber ich kam dazu, Württemberg-Baden zu sagen, weil ich gerade Herrn Kiesinger angesehen habe, (*Heiterkeit*) wenn die Koalition die ganze Sache nicht fertigbekommt, dann ist der Schaden hundertprozentig.

Dufhues: Ich darf die Ausführungen von Herrn Dr. Adenauer ein wenig ergänzen. Die Länder haben mit Recht an die Bundesregierung, vor allem an Sie, Herr Bundeskanzler, appelliert, bei Entscheidungen Rücksicht auf die Länder zu nehmen. Nun hat die Bundesregierung einen klaren Kurs eingeleitet, und es scheint so zu sein, daß bei dem Sozialpaket und in der Frage der Kriegsopferversorgung eine einheitliche Meinung in der Bundestagsfraktion herbeigeführt werden kann, trotz aller

³² Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl I S. 265). – Zweites Gesetz zur Änderung des Kriegsopferrechts (vgl. Anm. 21).

Schwierigkeiten, die zu erwarten sind. Es kommt entscheidend darauf an, daß diese Grundhaltung auch von den Ländern akzeptiert wird.

Es bereitet natürlich ungewöhnliche Schwierigkeiten, wenn der Arbeits- und Sozialminister von Baden-Württemberg³³ eine wesentlich abweichende Haltung einnimmt und wenn das auch in anderen Ländern geschieht. Es kommt darauf an – was wir in der Vergangenheit zeitweise vergessen haben –, daß wir auch im Verhältnis Bund/Länder innerhalb der CDU Einigkeit und Geschlossenheit zeigen; denn nur so können wir auf die Dauer überzeugend wirken.

Zu den Schwierigkeiten, mit denen wir gerade im Wahlkampf in Baden-Württemberg rechnen müssen, gehört auch die neue Mietregelung.³⁴ Ich bitte alle, die als Landesvorsitzende Einfluß haben auf die Parteiorganisationen, sich diesem Problem anzunehmen. Hier ist der einzelne unmittelbar in seinem Geldbeutel betroffen. Hier empfindet er im ganzen gewisse Härten. Deshalb wird der gesamte Parteiapparat mit den ausgezeichneten Mitteln, die Herr Lücke zur Verfügung gestellt hat³⁵, helfen. Die Parteiorganisation wird alles tun müssen, um auf der Grundlage der Politik unseres Freundes Lücke die Bevölkerung zu überzeugen und zu gewinnen.

Unsere Freunde aus Baden-Württemberg wissen, daß sich die Bundesgeschäftsstelle noch bei keinem Landtagswahlkampf in der Vorbereitung und Durchführung so stark engagiert hat und weiter engagieren wird, wie es jetzt geschehen ist und weiter geschehen wird. Sie dürfen sicher sein, daß wir für den Wahlkampf auch die Parolen mit Ihnen abstimmen. Ich hoffe, daß sich die Bundesminister und die Bundespolitiker bei diesem Wahlkampf maßgeblich engagieren; denn es ist die letzte große Wahl vor der Bundestagswahl. Diese Wahl hat entscheidende Bedeutung für die Meinungsbildung in den nächsten Jahren. Sie bestimmt entscheidend mit das Klima der Bundestagswahlen 1965. Deshalb sind alle Bundespolitiker gut beraten, wenn sie das Schwergewicht ihrer Mitarbeit während der nächsten Monate nach Baden-Württemberg verlegen. Auch die Bundesgeschäftsstelle wird alles tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Schmidt: Es ist bisher die Unsicherheit gewesen, die uns geschadet hat; es war das Hickhack, das bei uns vorgeherrscht hat und der mangelnde Mut, Entscheidungen zu treffen. Das hat selbst die gutwilligen Kräfte in einen Gegensatz zu uns gebracht. Das muß im Verhältnis zu Baden-Württemberg gesehen werden. Hier sind Entscheidungen zu treffen, die die Geister scheiden, Entscheidungen, die auch attraktiv sind, auch wenn sie eine gewisse Unpopularität haben und aus einer klaren Führungsinitiative herauskommen. Wir sollten alle miteinander, die Länder, die Bundestagsfraktion und

33 Josef Schüttler (1902–1972), vor 1933 Christlicher Metallarbeiterverband, 1945–1956 Geschäftsführer der IG Metall Bodenseekreis, 1946–1950 Mitglied der Verfassungegebenden Landesversammlung bzw. MdL Süd-Baden, 1949–1961 MdB (CDU), 1960–1968 Arbeitsminister in Baden-Württemberg.

34 Erstes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 29. Juli 1963 (BGBl I S. 505).

35 Verschiedene Broschüren zu Mietrechtsfragen in ACDP I-077-070/1,195).

die Regierung, dafür sorgen, daß die Führungsautorität der Regierung überzeugend wirkt.

Ich habe eine Reihe von Fraktionsbesprechungen mitgemacht und dabei die Geduld bewundert, mit der der Herr Bundeskanzler versucht hat, im Wege der Überzeugung und der Aussprache die Gruppeninteressen zu ordnen und in die Führung zu bekommen. Das ist alles erfreulich und in Ordnung, aber es hat sich doch gezeigt, daß die Geduld, die aufgebracht worden ist, dazu führte, daß noch Gruppen bereit sind, ihre taktische Position zu verstärken. Hier zeigen sich schon klar und deutlich die Grenzen dieses Versuchs auf, gutwillig auf vielen Seiten Mitarbeiter zu gewinnen, die positiv eine Sache zu fördern vermögen.

Wenn das aber nicht der Fall ist, dann wird der Herr Bundeskanzler tatsächlich genötigt sein, eine Verteidigungsposition gegen uns und ohne uns aufzubauen. Und Gott sei Dank gibt ihm die Verfassung die Möglichkeit, hier das Rechte zu tun.

Wir sollten nur darauf drängen, daß der Herr Bundeskanzler dann auch wirklich in einem unpopulären Fall davon Gebrauch macht. Das hat den Vorteil, daß dann, wenn diese Autorität bei einem unpopulären Fall einsetzt, in Zukunft alle weiteren Fälle schlechthin von dem Tableau weggewischt sind. Es ist dann viel einfacher mit den anderen Wünschen, die weniger dringlich sind als z. B. die Kriegsoffer, fertig zu werden. Daß diese Autorität gezeigt werden muß, wenn nicht die Zusammenarbeit, die der Bundeskanzler anstrebt, leiden soll, das scheint mir einfach notwendig zu sein.

Es kommt für den Wahlkampf in Baden-Württemberg und für alle weiteren Wahlen darauf an, ob die Regierung wirklich in Führung kommt und daß man an eine Führungsautorität glaubt.

Alle weitere Unsicherheit und mangelnder Mut wird uns zum Schaden sein. Deshalb sollten Sie, Herr Bundeskanzler, auf diesem Wege weiter fortfahren und deutlich die Führungsautorität herausstellen.

Bauknecht: Wir haben gehört, daß wir Probleme zu bewältigen haben, die uns Kummer und Sorge bereiten. Die Schwierigkeiten sind groß. Wir sollten alles vermeiden, neue Schwierigkeiten für den nächsten Wahlkampf zu machen. Sie wissen, was ich meine; dieser unnötige Vorschlag von der Kommission in Brüssel, der vorsieht, das europäische Getreidepreis-Niveau auf einen einheitlichen Nenner zu bringen und uns zuzumuten, daß wir 10 bis 12 % von dem bisherigen Preisniveau abweichen. Es ist nicht absolut notwendig, daß das jetzt entschieden wird.

Nach den Römischen Verträgen wird erst ab 1. Januar 1966 die Möglichkeit bestehen, daß wir in unserer Haltung, die wir bisher auch in der Fraktion eingenommen haben, nämlich hier nicht nachzugeben, überstimmt werden. Ob wir aber dann überstimmt werden, das ist noch die Frage, da die anderen Deutschland vielleicht doch als ihren Marktpartner ansehen.

Deshalb sollten wir jetzt alles vermeiden, noch auf diese Dinge einzugehen. Es geht nicht nur um das Agrarpreisniveau, das ermäßigt wird, sondern auch darum, wie die Mittel aufgebracht werden.

Die Länder haben berechnet, daß dadurch für die deutsche Landwirtschaft ein Schaden von 560 Millionen entstehen wird. Ich bin der Auffassung, daß er mindestens doppelt so groß werden wird. Ich frage, woher sollen wir die Gelder bekommen. Darüber hinaus werden die Abschöpfungen innerhalb der EWG wegfallen. Das ergibt einen weiteren Ausfall von 600 Millionen, so daß nach meiner Meinung mit einem Gesamtverlust von 1,7 Milliarden absolut gerechnet werden muß.

Wir sollten alles tun, um dieser Schwierigkeit zu begegnen, und sollten in Brüssel sagen: Nein, jetzt ist es völlig unmöglich, daß wir uns auf diese Dinge einlassen.

Ich möchte sie über eines nicht im unklaren lassen. Die Landesbauernverbände werden wahrscheinlich am 1. Dezember – das ist keine Drohung, sondern im Gegenteil – eine Protestaktion veranstalten³⁶, (*Heiterkeit*) aber nicht gegen die Bundesregierung, sondern gegen Mansholt³⁷, um Ihnen, Herr Bundeskanzler, den Rücken zu stärken, daß Sie festbleiben.

Von Brentano: In der Gesetzgebung habe ich zunächst eine Frage, ob man nicht erreichen kann, daß Herr Schüttler etwas maßvollere Erklärungen abgibt, auch in der Fraktion; denn die Situation ist wirklich so, wie sie Herr Dufhues geschildert hat. Alle diejenigen, die heute mit Frau Probst zusammengehen und um eine, wie ich glaube, finanziell im Augenblick unerfüllbare Forderung kämpfen, benutzen den Brief von Schüttler und sagen, wir stehen gar nicht alleine, hier spricht auch die Regierung von Baden-Württemberg. Und wenn ich antworte: Das ist nicht die Regierung von Baden-Württemberg, sondern Herr Schüttler persönlich, dann heißt es: Aber er schreibt als Minister. – Das hat unendlich viel geschadet. Das wird uns natürlich auch von der Opposition vorgehalten, wie überhaupt die Erklärungen des Arbeits- und Sozialministers in dieser Frage schädlich waren.

Ein Zweites! Ich bin mir völlig klar darüber, daß dieses Gesetz, dessen Verabschiedung wir vorbereiten, so rasch wie möglich verabschiedet werden muß. Ich habe in der Fraktion gesagt, wenn wir mit der Verabschiedung dieses Gesetzes in den Wahlkampf kommen, dann muten wir Ihnen Unzumutbares zu. Das setzt aber voraus – und darum bemühen wir uns –, daß wir mit der Koalition einig werden. Ich habe den Eindruck, daß wir bei der Kriegsopferversorgung hinsichtlich der neuen Vorlage einig werden, ob es uns aber gelingen wird, alle Gruppen auf diese Linie zu bringen, das weiß ich nicht. Aber ich möchte sagen, daß wir in der eigenen Fraktion dafür

36 Zum Beschluß des Deutschen Bauernverbandes für Protestaktionen vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. November 1963 „Bauernverband bereitet Protestdemonstrationen vor“. – Am 6. Dezember 1963 kamen ca. 300 Bauern in Hamburg zu einer Kundgebung und verteilten dabei kostenlos ihre Erzeugnisse („Die Welt“ vom 7. Dezember 1963 „Nikolaus vom Lande kam mit schwarzer Fahne“). Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes sprach sich im Januar 1964 gegen den „Mansholt-Plan“ aus („Die Welt“ vom 27. Januar 1964 „Bauernverband gegen rasche Angleichung der europäischen Getreidepreise“).

37 Sicco L. Mansholt (1908–1995), niederländischer Agrarpolitiker (Sozialist); 1945–1958 Minister für Landwirtschaft, 1958–1972 Vizepräsident, 1972–1973 Präsident der EG-Kommission. – DERS.: Die Krise. Europa und die Grenzen des Wachstums. Reinbek 1974.

eine starke Mehrheit bekommen; denn der Vorschlag ist im Rahmen des Möglichen wirklich loyal und großzügig.

Über die Frage des Kindergeldes gibt es keine Schwierigkeiten, aber es kann natürlich nur verabschiedet werden mit dem Lohnfortzahlungsgesetz.³⁸ Hier besteht noch eine Meinungsverschiedenheit mit der Fraktion, wobei ich hoffe, daß wir sie noch ausräumen können; denn auch für dieses Gesetz gilt das, was Sie gesagt haben, Herr Dichtel. Ich bin Ihrer Meinung, solche Gesetze dürfen nicht mit wechselnden Mehrheiten verabschiedet werden. Es darf nicht sein, daß der Koalitionspartner bei der Entscheidung über die arbeitsrechtliche Lösung gegen uns stimmt und dann landauf, landab, bei den sogenannten Mittelstandskreisen sagt: Wir waren die einzigen, die euch schützen wollten. Das ist eine unaufrichtige Haltung; denn die Lösung, die wir angeboten haben, die einen versicherungsrechtlichen Ausgleich gibt, und die zusätzliche Lösung, die der Bundesfinanzminister vorgeschlagen hat mit der Lohnsteuererstattung, geht eigentlich weiter als die versicherungsrechtliche Lösung.

Das dritte ist das schwierigste Problem: Die Krankenversicherungsreform. Wenn wir hier keine Einigung erzielen, gibt es überhaupt keine Möglichkeit, mit dieser Vorlage ins Plenum zu gehen. Wenn wir dieses Gesetz nur mit wechselnden Mehrheiten verabschieden können – es ist dann kein Gesetz, sondern ein Wechselbalg, den wir nicht präsentieren können –, dann wird man uns dieses Gesetz um die Ohren schlagen und nur noch feststellen, daß diese Regierung und ihre Mehrheit völlig versagt hat.

Ich habe die Bitte, daß Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, auch in der Koalitionsregierung, in der Sie in Baden-Württemberg stehen, einen mittelbaren Einfluß nehmen auf die Koalition hier. Es gibt bei Ihnen vernünftiger Leute in der FDP als im Norden oder in anderen Gegenden. Man sollte Einfluß auf diese Leute nehmen und ihnen sagen, daß sie in einer gemeinsamen Verpflichtung mit uns stehen. (*Meyers*: Nazis!) Du weißt genau, welche Freunde ich gemeint habe, und ich glaube, das beurteilt Ihr genauso wie ich. Also, auf dem Umweg über die Landesregierungen sollten Sie einen Einfluß nehmen auf die FDP, damit wir dieses Gesetz einheitlich verabschieden können. Wir haben wirklich echte sachliche Konzessionen gemacht, auch in der Frage des Krankenversicherungsgesetzes, der Kostenerstattung, der Pflichtgrenzen usw., die sehr weitgehend waren und die wir weiß Gott nicht leichten Herzens machen konnten. Wir können sie nur vertreten, wenn die FDP sie mit uns durchzieht.

Amrehn: Der Bundesvorstand der CDU tagt zum vierten Mal in diesem Jahr, d. h. alle Vierteljahr einmal. Er dauert gewöhnlich zwei bis drei Stunden. Heute haben wir noch das zweite Referat zu hören, das auf der Tagesordnung steht. Nun finde ich es ganz ungewöhnlich, eine solche Fülle von Themen, wie sie heute durch den politischen

38 Das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. Juni 1957 (BGBl I S. 649) und seine Änderung vom 12. Juli 1961 (BGBl I S. 913) wurde erst am 27. Juli 1969 ersetzt durch das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgeltes im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (BGBl 1969 I S. 946).

Lagebericht des Herrn Bundeskanzlers auf den Tisch gelegt worden sind, in dieser kurzen Zeit einigermaßen sachverständig und sachkundig zu diskutieren. Man kann also dazu nur einige Randbemerkungen machen, und der Bundesvorstand ist nicht in der Lage, wirklich eine politische Meinung zu bilden, die bisher ausschließlich von der Fraktion gebildet wird.

Deshalb wiederhole ich die nicht neue Bitte, den Bundesvorstand gegebenenfalls auch zu einzelnen Themen – und das Thema „Sozialpaket“ ist dafür groß genug – zusammenzuberufen und dazu eine Meinung des Bundesvorstandes zu bilden.

Ich habe gerade bei der Diskussion über das Sozialpaket zuweilen den Eindruck, daß die Experten der Fraktion die Details, die politisch vielleicht nicht so entscheidend wichtig sind, doch zu dogmatischen Fragen erheben, ohne daß dann unnötige Schwierigkeiten entstehen. Im übrigen bitte ich – wie schon früher gelegentlich –, den Bundesvorstand für wirkliche politische Führungsaufgaben einzuberufen.

Nun zur Sache! Herr Ministerpräsident Kiesinger hat gesagt: Wir werden uns stärker profilieren, wenn wir in den großen Fragen mehr Gegensätze sichtbar werden lassen, als das in den letzten zwei Jahren der Fall war. (*Kiesinger*: Weniger den Gegensatz!) Ich meine, daß es solche Dinge, wie sie in der Vergangenheit für Wahlentscheidungen maßgeblich waren, in der Zukunft nicht mehr geben wird. Es ist z. B. so, wenn man über die multilaterale Atomstreitmacht spricht, versteht kein Mensch, wie er dazu eine Wahlentscheidung treffen soll.

Wenn nun gesagt worden ist, daß wir diese Profilierung mit der Koalition suchen sollten, auch auf außenpolitischem Gebiet, dann entstehen doch große Schwierigkeiten, weil heute die FDP oder wenigstens Teile der FDP zu außenpolitischen und wehrpolitischen Fragen eine Stellung beziehen, die wir doch im Grunde genommen schärfstens bekämpfen müssen und in denen wir heute unter Umständen eher mit den Sozialdemokraten zu einer Einigung kommen könnten.

Nun sollten wir aber in den Punkten, die es in der Tat noch gibt, jene Haltung zeigen, die auch auf die Bevölkerung noch einen Eindruck zu machen versteht. Ich glaube, daß durch diese Autobahnzwischenfälle der beiden letzten Monate doch Grundfragen aufgerührt sind, inwieweit Entspannungen gegenwärtig überhaupt möglich sind.

Gerade in diesen Dingen sollte es uns möglich werden, auch die amerikanischen Freunde etwas zu ermutigen und zu ermuntern. Übrigens wird der zivile Verkehr augenblicklich sehr glatt abgewickelt. Ich habe nur 30 Minuten gebraucht. Das läuft nämlich immer gut, wenn Krach zwischen den Alliierten ist.

Der Konvoi, der festgehalten wurde, hatte ein paar Soldaten weniger als 30. Vor dem Tor stand ein Konvoi mit etwa 45 Soldaten. Wäre dieser zweite Konvoi an den Kontrollpunkt gefahren, dann hätten diese Soldaten nach dem Reglement absteigen müssen, wären gezählt und dann nach Berlin durchgelassen worden. Und nun soll einem Menschen in den Vereinigten Staaten klargemacht werden, daß der Konflikt ausbricht, wenn 30 Soldaten nicht absteigen. Hier haben nämlich die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen vor vier Wochen ein eigenes Reglement festgelegt, das

in sich so widerspruchsvoll ist, daß kein Mensch ihre Haltung und ihren Widerstand versteht.

Was uns anbelangt, so vermisse ich hier bei uns jede Reklame für Berlin. Die anderen machen mit Berlin auch große Wahlpropaganda. Das hat die SPD verstanden, und das wird auch von Mende in seinem neuen Ministerium zusätzlich verbreitet.³⁹

Ich bedauere es, daß die Christlich-Demokratische Union in ihrem Rednerdienst, der mit der Überschrift versehen ist „Mit Erhard voran!“, nicht ein einziges Wort über Berlin und das Berlin-Problem steht.⁴⁰ Nun glaube ich, daß da kein böser Wille vorliegt, aber das ist doch etwas symptomatisch, so daß man das hier einmal sagen muß.

Nun hat der Herr Bundeskanzler gemeint, es sei bemerkenswert, daß ein Mann wie Eisenhower sagen könne, eine Division genüge, um die amerikanische Flagge zu zeigen. Nun, dafür muß er schon eine gewisse öffentliche Meinung für sich haben, wenn er das ausspricht. Dagegen möchte ich erwähnen, daß de Gaulle geglaubt hat, mit seiner sehr starren Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage die öffentliche Meinung in Amerika für sich mobilisieren zu können. Ich würde es nicht so bedenklich ansehen, wenn der Republikaner glaubt, mit einer solchen Geste Stimmen gewinnen zu können, wie wir das in der vergangenen Woche gelesen haben.

Noch eine letzte Bemerkung zum Sozialpaket. Herr Bundeskanzler, Sie wissen, daß Sie mit Ihrer Regierungserklärung und der Regierungsneubildung einen hervorragenden Start gehabt haben. Wenn wir jetzt wählen könnten, sähe es nicht schlecht um uns aus. Es ist Ihnen eine Menge mit auf den Weg gegeben worden. Nun wäre es sehr schlecht, wenn es nicht gelänge, in der Frage des Sozialpakets zu einer Verständigung mit der FDP zu kommen und die ganze Sache über die Bühne zu bringen. Nur möchte ich meinen, daß es nicht so einfach geht, daß man sagt, das darf nicht mit wechselnden Mehrheiten zustande kommen. Ich bin hier der Meinung, man muß sich auch die Frage stellen, was geschieht denn, wenn diese Einigung nicht erzielt wird. Dann muß der Bundesvorstand über die Politik mitberaten. Darüber ist aber bisher noch kein Wort gesprochen worden. Es bleibt jetzt allerdings auch nicht die Zeit, um das zu vertiefen.

Wir haben heute gehört – es ist zweimal gesagt worden –, daß die Forderungen, die insbesondere von den Kriegsopfern gestellt worden sind, unerfüllbar seien. 60,3 Milliarden, so wurde gesagt, sei der festgelegte Rahmen des Haushaltsplanes. Das ist alles sehr schön und gut, aber hoffentlich erleben wir nicht in drei oder vier Wochen, daß die finanziell unerfüllbare Forderung teilweise doch wieder erfüllt wird und daß dann aus 60,3 wieder 60,8 Milliarden gemacht werden. Das wäre zwar nichts Neues, denn wir haben es in der Vergangenheit erlebt, aber es würde uns ein unermeßlicher Schaden zugefügt. Denn damit würde die Auffassung, die der Herr

39 Mende war in der Regierung Erhard Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler.

40 Rednerdienst der Union, Oktober 1963.

Bundeskanzler gegenüber den Interessengruppen vertreten hat, aufgegeben, so daß wir dann wieder weniger Glaubwürdigkeit hätten, als es z.Z. der Fall ist.

Adenauer: Wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird, dann wird jetzt der Herr Kollege Dufhues seinen Bericht über die verschiedenen Fragen geben, die Sie angeschnitten haben. Können wir damit den Punkt 1 als erledigt betrachten? – Das scheint der Fall zu sein. Nochmals vielen Dank, Herr Bundeskanzler, für Ihre Ausführungen! Das Wort hat Herr Dufhues.

TÄTIGKEITSBERICHT DER BUNDESPARTEI

Dufhues: Ich werde meinen Bericht zum Teil hier erstatten, zum Teil werde ich ihn heute nachmittag fortsetzen. Ich will versuchen, auf die verschiedenen Fragen einzugehen, die an die Partei gerichtet worden sind, insbesondere auch auf die Fragen von Herrn Amrehn.

Zur Grundlage meines Berichts möchte ich das Ergebnis der Umfrage machen, die wir im Februar dieses Jahres eingeleitet haben. Dabei ist zunächst bemerkenswert, daß es einer ungewöhnlich langen Zeit bedurfte, um von den verschiedenen Kreisgeschäftsstellen eine Antwort zu erhalten, die in 24 Stunden hätte erteilt werden können. Es hat aber mehrerer Vorstellungen bedurft, um von diesen Kreisverbänden überhaupt eine Antwort zu erhalten. Vier Kreisverbände haben nach drei viertel Jahren noch immer den „Vorzug“, unsere Anfrage nicht beantwortet zu haben, nämlich die Kreisverbände Waldeck, Wolfshagen, Freudenstadt und Hann. Münden.

Ich will auf das Ergebnis dieser Untersuchungen eingehen. Dabei ist zunächst die Frage interessant, wie stark die einzelnen Kreisverbände sind. Es hat sich ergeben, daß das Schwergewicht der Kreisverbände, soweit es sich um die Mitgliederzahlen handelt, zwischen 200 bis 500 und 500 bis 1.000 Mitgliedern liegt. Die Mitgliederzahlen lauten wie folgt:

Unter 100 Mitglieder	27 Kreisverbände
200 – 500 Mitglieder	117 Kreisverbände
500 – 1.000 Mitglieder	116 Kreisverbände
über 3.000 Mitglieder	3 Kreisverbände

Die Kreisverbände mit einer Mitgliederzahl unter 100 liegen in Niedersachsen, Hessen und Nord-Württemberg. Kreisverbände mit 2.000 bis 3.000 Mitgliedern gibt es in Westfalen 4, Rheinland 3, Saarland 1 und Oldenburg 1. Kreisverbände mit einer Mitgliederzahl über 3.000 hat nur der Landesverband Rheinland, nämlich in Düsseldorf, Köln und Essen. Ich hoffe, daß bei der nächsten Kommunalwahl die Christlich-Demokratische Union entsprechend dieser Zahl ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Das Ergebnis der Mitgliederzahl zu der Einwohnerzahl ist in den einzelnen Kreisverbänden der CDU ungewöhnlich unterschiedlich. Ich bin mir klar darüber, daß die Praxis in den einzelnen Kreisverbänden, nämlich die Mitglieder auszuschließen, die ihrer Beitragspflicht nicht nachkommen, unterschiedlich ist, so daß die Zahlen, die ich nennen werde, kein klares und eindeutiges Bild ergeben. Immerhin ist es interessant festzustellen, daß das Verhältnis der Mitgliederzahlen zu der Einwohnerzahl schwankt; von 0,13 % in Hamburg bis zu 1,3 % im Saarland. Die Reihenfolge ist hier: Hamburg, Bremen, Hannover, Nord-Württemberg, Hessen, Braunschweig, Berlin, Württemberg-Hohenzollern, Oldenburg, Nordbaden, Westfalen, Rheinland, Schleswig-Holstein, Südbaden, Rheinland-Pfalz, Saar.

Interessant ist auch die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zum männlichen oder zum weiblichen Geschlecht. (*Barzel*: „Frauengeschlecht“ wäre neu! – *Lebhaftes Heiterkeit*.) Das ist ein Gebiet, auf dem ich nicht vertraut bin. (*Heiterkeit*.) Der Anteil der Männer beläuft sich auf 85,5 %, der der Frauen auf 14,5 %. Hier ist noch vieles zu tun. Am meisten unterentwickelt auf dem Gebiet der Frauen-Mitgliedschaft sind Südbaden mit 7 % (*Kiesinger*: Das macht die Nähe der Schweiz!) und Württemberg-Hohenzollern mit 5 %, und das, obwohl Baden-Württemberg einen so charmanten Ministerpräsidenten hat. (*Kiesinger*: Weil, nicht obwohl! – *Heiterkeit*.) Ich wünsche Ihnen guten Erfolg bei Ihren Bemühungen. Über dem Durchschnitt liegen die drei Stadtverbände Berlin, Bremen und Hamburg. Dann weiter die Landesverbände Braunschweig und Rheinland.

Nun komme ich zur Altersstruktur, eine Frage, der ich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen bitte. Wir haben eine Auswertung nach folgenden Gruppen gemacht: a) die nach 1920 Geborenen (43 Jahre und jünger) und b) die vor 1920 Geborenen (älter als 43 Jahre). Der Bevölkerungsstruktur entsprechend müßte der Anteil der nach 1920 Geborenen rund 47,5 % ausmachen; im Schnitt kommen wir aber tatsächlich nicht über 25,3 % hinaus, so daß sich hier ein Minus von rund 22,5 % zum Nachteil der CDU ergibt. Die Zahlen sind hier stark unterschiedlich. Kreisverbände, die mehr als 35 % aufweisen, gibt es in Rheinland-Pfalz, im Rheinland und in Hessen. Kreisverbände, die unter 20 % bei den Mitgliedern, die nach 1920 geboren sind, liegen, gibt es in Braunschweig, Hannover, Schleswig-Holstein, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Hohenzollern und Nord-Württemberg.

Es hat jetzt keinen Zweck, das alles im einzelnen zu erörtern und jede Zahl bekanntzugeben, weil das zu Unklarheiten führen würde. Es ist nämlich ein Unterschied, welchen Kreis man herausstellt. Insgesamt darf aber festgestellt werden, daß die Altersstruktur oder Mitgliedschaft der CDU sehr zu wünschen übrig läßt. Das konfessionelle Verhältnis in der Christlich-Demokratischen Union: In den wenigsten Verbänden entspricht dieses Verhältnis der konfessionellen Struktur der Bevölkerung. Mit wenigen Ausnahmen überwiegt aber der katholische Anteil, auch dort, wo wir eine evangelische Bevölkerung haben. Nur in 68 Kreisverbänden, das sind 17 %, entspricht das Verhältnis in etwa der konfessionellen Struktur der Bevölkerung. Am ehesten trifft das zu für den Landesverband Schleswig-Holstein.

Die soziologische und berufliche Struktur hat wenig neue Erkenntnisse gegeben, aber das wird Ihnen noch mitgeteilt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang eingehen auf das Verhältnis der Mitglieder in der Partei und in den Vereinigungen. Zunächst darf ich die Zahlen der Mitglieder in den Vereinigungen bekanntgeben: Junge Union 58.600, Sozialausschüsse 30.324, KPV 24.170, Frauenvereinigung 21.231, Mittelstandsvereinigung 11.293.

Nun komme ich zum Anteil der Parteiangehörigen der CDU-Mitglieder innerhalb dieser verschiedenen Vereinigungen. Am ungünstigsten ist es in der Jungen Union. Dort sind die CDU-Mitglieder nur mit 46,5 % vertreten. In der Jungen Union sollten wir ernsthaft darüber sprechen, ob eine Altersgrenze von 40 Jahren noch angemessen ist. (*Beifall.*) Bei den anderen Vereinigungen beträgt der Anteil: Sozialausschüsse 75 %, Frauenvereinigung 82 %, Kommunalpolitische Vereinigung 85 %, Mittelstandsvereinigung 91,5 %.

Wenn wir uns unsere Mitgliederwerbung in diesen Vereinigungen entscheidend ansetzen – es gibt auch sonst noch viele Leute, die uns sehr nahestehen –, werden wir die Zahl der CDU-Mitglieder um rund 50.000 erhöhen können. Also, meine Herren Vorsitzenden der einzelnen Vereinigungen, bemühen Sie sich mit besonderem Nachdruck darum, daß Ihre Mitglieder auch Mitglied der CDU werden, damit eine bessere Verzahnung und ein engeres Zusammenwirken von CDU und Vereinigungen sichergestellt wird.

Der Frauenvereinigung, die das Ziel hat, eine Identität zwischen der Zugehörigkeit zur Frauenvereinigung und der Partei zu erreichen, möchte ich sagen, daß der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern der CDU 35.000 beträgt, während die Zahl der Mitglieder in den Frauenvereinigungen 21.000 beträgt. Es klafft also hier eine Lücke von 14.000. Ich bitte Sie, hier nach dem Rechten zu sehen. (*Zuruf:* Was heißt, Anteil der Frauen unter den Mitgliedern der CDU?) Meine lieben Parteifreunde! Die technische Ausrüstung unserer Kreisgeschäftsstellen!

Wir haben im Bereich der Christlich-Demokratischen Union 394 Kreisverbände. Wir unterhalten 307 Kreisgeschäftsstellen. Von diesen 307 sind viele nur notdürftig ausgestattet. In der Privatwohnung des Kreisgeschäftsführers befinden sich 55 Geschäftsstellen. Das sind rund 18 %. 78 Kreisgeschäftsstellen bestehen aus nur einem Raum. Wie hier eine vernünftige Arbeit geleistet werden soll, ist mir nicht erklärbar.

Über einen Kraftwagen verfügen 193 Geschäftsstellen. Das sind 63 %. Das reicht nicht aus. Man kann einen Kreis nicht fruchtbar bearbeiten, wenn man keinen Kraftwagen zur Verfügung hat. Über eine Lautsprecheranlage und ein Filmgerät verfügen 240 Kreisgeschäftsstellen. Das sind 78 %. Eine Adressiermaschine, an sich eine Selbstverständlichkeit in der Parteiorganisation – haben nur 129 Kreisgeschäftsstellen zur Verfügung.

Nun die finanziellen Verhältnisse! Auf die generellen Probleme der Finanzierung komme ich noch zu sprechen. Der Monatsbeitrag liegt bei zwei Dritteln unserer Kreisverbände unter DM 1,-. Das ist ein Skandal! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Im einzelnen sehen die Beiträge wie folgt aus:

Unter DM 0,50 bis DM 1,-	197 Kreisverbände
DM 1,- bis DM 2,-	101 Kreisverbände
über DM 2,-	21 Kreisverbände
ohne Angabe	23 Kreisverbände

Soweit ich es übersehe, stellt die höchsten und nachdrücklichsten Anforderungen an die Mitgliedschaft der Landesverband Berlin, und zwar mit Erfolg. Auch hier darf ich sagen, von unseren Mitgliedern wird die Auffassung vertreten, was nichts kostet, ist auch nichts wert. Ich glaube, wir können unseren Mitgliedern sehr viel mehr zumuten, als wir es in unserer Ängstlichkeit im allgemeinen glauben. (*Zuruf: Sehr richtig!*)

Nun zu den Monateinkünften der einzelnen Kreisverbände! Darüber einen Überblick zu geben, ist ungewöhnlich schwierig. Es ist verständlich, daß die Kreisverbände sehr zurückhaltend mit der Offenlegung sind. Ich frage mich, welches Geschick entwickelt wird, wenn wir aufgrund des Parteiengesetzes die Auskunftspflicht haben. Nach den vorliegenden Angaben haben zur Verfügung:

Bis zu DM 500,- mtl.	188 Kreisverbände
DM 500,- bis DM 1.500,-	153 Kreisverbände
DM 1.500,- und mehr	48 Kreisverbände

Nun die personellen Verhältnisse! In den 307 Kreisgeschäftsstellen gibt es 204 hauptamtliche Geschäftsführer, d. h. also, zwei Drittel aller Kreisgeschäftsstellen sind hauptamtlich besetzt.

Unser Ziel war, daß wir bis zum 30. Juni dieses Jahres in jedem Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer hatten. Nach den bisherigen Feststellungen, wie sie mir von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegt worden sind, haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Es sind die Landesverbände Bremen, Hamburg, Braunschweig, Württemberg-Hohenzollern, Hannover, Oldenburg und Rheinland-Pfalz, wobei man bei den Stadtverbänden die besondere Struktur dieser Verbände berücksichtigen muß, so daß hier das Nichterreichen der Zahl nicht so schwer ins Gewicht fällt.

Ich hoffe, daß wir die Bundestagswahl 1965 erfolgreich vorbereiten können, wenn jedem politischen Kreis – Herr Adorno⁴¹, ich bitte um Ihre besondere Aufmerksamkeit – eine intakte Kreisgeschäftsstelle zur Verfügung steht.

Ich wäre dankbar, wenn diese Auffassung vom Bundesvorstand bestätigt würde und wenn alle Landesverbände dieses Ziel ansteuerten. In der Zeit der Technisierung

41 Eduard Adorno (geb. 1920), Diplom-Landwirt; 1956–1977 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB, 1965–1967 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1970–1977 stv. Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg.

des Wahlkampfes, in der wir nicht mehr in Biertischgesprächen und Versammlungen die Menschen ansprechen können, ist die Technik und der Apparat, d. h. eine ausreichend qualifizierte Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen, entscheidende Voraussetzung dafür, daß wir uns gegenüber einer so ausgezeichnet organisierten Partei wie der SPD erfolgreich durchsetzen können.

Nun einige Schlußfolgerungen! Es ist Tatsache, daß es eines halben Jahres bedurft hat, um eine solche Umfrage beantwortet zu erhalten. Ich bitte die Landesvorsitzenden, sich der Organisation der Kreisgeschäftsstellen anzunehmen und sorgfältig zu prüfen, ob sie personell und technisch so intakt sind, daß dieses Minimum an Organisationsarbeit in der Zeit erledigt wird, die von der Bundesgeschäftsstelle eingeräumt worden ist.

Ich halte es für dringend notwendig, daß die seit Monaten angelaufenen Arbeiten zur Einrichtung einer zentralen Mitgliederkartei fortgesetzt werden. Das macht sich auch für Sie bezahlt. Wir stellen ein Doppel dieser Mitgliederkartei den Landesverbänden und Kreisverbänden zur Verfügung. Damit erhalten wir gerade für den Wahlkampf und auch für die weiteren politischen Auseinandersetzungen das Material, das uns gemeinsam in die Lage versetzt, auch die großen Gruppen anzusprechen, die an den entscheidenden Fragen interessiert sind. Ich bitte Sie nochmals, mit uns weiterzuarbeiten an der Einrichtung dieser zentralen Mitgliederkartei, aber auch daran, daß wir unser Formularwesen möglichst einheitlich gestalten und somit aus dem allzu stark entwickelten Föderalismus ein wenig herauskommen. (*Meyers*: Wie stellt sich der Landesverband Westfalen dazu? 1956 hat er mir geschrieben, als ich dieselbe Bitte hatte, das ginge die Bundespartei nichts an! – *Heiterkeit*.) Seit 1956 wird der Landesverband von mir geleitet. Seitdem läßt sich der Landesverband nicht übertreffen. Ich hoffe, daß wir zurechtkommen. (*Meyers*: Wir haben es schon damals gemacht!) Dann verstehe ich nicht, daß heute noch so viel Säumige da sind. (*Meyers*: Ich habe damals geschrieben, das sei unbedingt notwendig und die erste Voraussetzung für eine gute Parteiorganisation.)

Ich werde die Ergebnisse dieser Umfrage im einzelnen auswerten und dann die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer bitten, sich mit uns nach der Herstellung dieser Arbeit an einen Tisch zu setzen, damit wir über die Lage in jedem einzelnen Landesverband sprechen, um dann zu sehen, wie wir die Organisation verbessern können.

Gelegentlich ist die Frage aufgetaucht, ob man in den Fällen, in denen die Mitgliederzahl unter 100 liegt, nicht verschiedene Kreisverbände zusammenfassen könne. Nun, ich bin so optimistisch zu glauben, daß wir in allen Kreisverbänden in kurzer Zeit die Mitgliederzahl auf über 100 erhöhen werden, so daß keine Veranlassung besteht, die natürliche Einheit der Kreisverbände zu stören, sondern sie soll weiterhin gewahrt werden. In einzelnen Kreisverbänden zeigt sich ein Stillstand in der Entwicklung der Mitgliederzahlen.

Ich darf ihre Aufmerksamkeit lenken auf die anlaufende Mitgliederwerbung. Sie hat bereits in einzelnen Verbänden begonnen und soll mit Nachdruck durchgeführt

werden bis zum 31. März 1964. Für die erfolgreichsten Werber und Kreisverbände sind Prämien ausgesetzt, die durchaus attraktiv sind. Ich hoffe, daß ein Wettbewerb entsteht, der in allen Landesverbänden zu einer wesentlichen Verstärkung der Mitgliederzahlen führen wird.

Die soziologische Struktur der Mitgliedschaft führt zu Überlegungen, die ich vortragen möchte. Es zeigt sich eine drohende Überalterung in unserer Partei. Hier muß ich eine Forderung an die Junge Union stellen, denn hier kann mehr geschehen für die Partei. Wir sollten großzügiger sein.

Die gleiche harte Forderung muß an die Sozialausschüsse gestellt werden: Was kann geschehen, um die Resonanz bei der Arbeitnehmerschaft zu verbessern. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Vorstellungen machen würden. Das gleiche gilt für die Frauenvereinigung. Auch hier kann mehr geschehen, als in der Vergangenheit getan worden ist. Wir müssen uns zusammensetzen und überlegen, wie wir die Mitgliederwerbung unter den Frauen ansetzen, um zu besseren Erfolgen zu kommen.

Letztlich habe ich eine klare Frage an den Evangelischen Arbeitskreis: Die konfessionelle Struktur der Bevölkerung zur Mitgliedschaft entspricht keineswegs dem Charakter der Union. Wir werden uns auch hier überlegen müssen, wie wir konkret die evangelische Bevölkerung stärker als bisher ansprechen können.

Zu der Frage der Beiträge habe ich bereits Stellung genommen. Ich halte es für notwendig und richtig, daß wir zu einer möglichst einheitlichen Beitragsordnung in allen Landesverbänden kommen. Entsprechende Vorschläge werden in Kürze unterbreitet. Ich hoffe, daß diese Ihre Zustimmung finden.

Die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen zwingt uns als Bundespartei dazu, mit den beteiligten Landesverbänden zu überlegen, wie wir schwerpunktmäßig vorgehen können, um mit den Mitteln und Möglichkeiten der Bundespartei zu helfen, weil hier noch viele Dinge nicht so sind, wie sie wünschenswert wären.

Noch ein Hinweis auf eine bei der Umfrage festgestellte Tatsache. Es handelt sich darum, daß die Amtszeit der Kreisvorsitzenden in einzelnen Kreisverbänden ungewöhnlich lang ist. Was ich als Honoratioren-Clubs bezeichnet habe, findet hier seinen Ausdruck. Man schirmt sich ab gegen den Nachwuchs und die jungen Leute. Hier sollte man, wo es notwendig ist – nicht gegen bewährte Kräfte, die seit 1945 erfolgreich gewirkt haben – nach dem Rechten sehen. Ich denke z. B. an einen Fall, wo der Kreisvorsitzende beschlossen hat, eine Mitgliedersperre zu verhängen, weil 30 junge Leute in die Partei eintreten wollten, um sie zu reformieren. Und das ist kein Einzelfall. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sollten also dafür sorgen, daß die Führung der Kreisverbände in gute Hände kommt.

Noch ein Wort zur finanziellen Situation der Christlich-Demokratischen Union. Die Finanzierung der Bundespartei erfolgte während der Jahre 1959 bis 1961 im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln und aus freien Spenden.

In den Jahren 1959 bis 1961 konnten 60 % aller öffentlichen Mittel an die Landesverbände ausgezahlt werden. Seit dem Jahre 1962 lebt auch die Bundespartei

ausschließlich von öffentlichen Mitteln. Freie Spenden stehen im Gegensatz zu den früheren Jahren nicht mehr zur Verfügung; im Gegenteil, wir haben aus den öffentlichen Mitteln wesentliche Kredite zurückzahlen müssen, die im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1961 aufgenommen worden sind. Sie wären keineswegs glücklich, wenn ich Ihnen die Zahlen im einzelnen sagen würde. Das kann später in einem anderen Zusammenhang geschehen.

Deshalb mußten – und das bedauert niemand mehr als das Präsidium der CDU – für das Jahr 1963 die Zuschüsse an die Landesverbände gekürzt werden, da der Haushalt der Bundespartei die Auszahlung im früheren Umfang nicht mehr zuließ. Wir sollten uns – hier wende ich mich besonders an die Herren Etzel und Stoltenberg – in der Bundestagsfraktion darüber Gedanken machen, wie wir zu einer besseren und solideren, auf die Dauer angelegten Finanzierung der Bundespartei und der Landesverbände kommen. (*Etzel*: Das hat der Bundesfinanzminister damals schon machen wollen, aber die Bundespartei hat es nicht gewollt!) Was nützt es uns, über die Vergangenheit zu sprechen. Wir müssen die Zukunft sehen. Dazu gehört, daß die Haushaltsmittel, die bisher 20 Millionen betragen, erhöht werden.

Ich bitte weiter dringend darum, daß die Bundestagsfraktion alles tut, um die baldige Verabschiedung des Parteiengesetzes mit einer angemessenen Regelung der steuerlichen Behandlung von Spenden zu gewährleisten. Wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt werden, dann wird die Bundespartei auch in der Lage sein, die Landesverbände besser zu dotieren, als es im Jahre 1963 möglich war und ist. Auch die Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit erörtert worden sind, konnten wir nicht realisieren, weil die Grundlage dazu in den letzten Jahren nicht gegeben war. Wir werden noch einige Jahre brauchen, ehe diese Voraussetzungen erfüllt sind. Ebenso notwendig ist es, daß man auch die Möglichkeiten in den einzelnen Ländern ausnutzt, auch möglichst in den einzelnen Gemeinden, um Mittel für eine kommunale Bildungsarbeit zu erhalten. Wenn Sie Ihrerseits alles tun und die Möglichkeiten ausnutzen, wird dieses Zusammenwirken von Bundespartei und Landesverbänden die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir zu einer vernünftigen Finanzierung kommen.

Zur Zeit ist es so, daß einzelne Landesverbände mir haben mitteilen müssen, daß sie gezwungen seien, einzelne Geschäftsführer zu entlassen. Es ist ein Skandal, daß z. B. unsere Freunde in Berlin gezwungen waren, in einer Stadt, in der die Arbeitnehmerschaft weit überwiegt, den Sozialsekretär zu entlassen, weil sie nicht die notwendigen Mittel hatten. Nur dann, wenn die Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden sich bewährt, werden wir weitgehend das erreichen, was uns als Ziel unserer Arbeit vorschwebt. Ich möchte das jetzt nicht weiter vortragen wegen der Kürze der Zeit, aber es bleibt noch vieles zu sagen. Was getan worden ist, darüber werde ich heute nachmittag berichten.

Deshalb möchte ich hier meine Ausführungen zunächst einmal abschließen, aber nicht, ohne noch auf die Anregungen von Herrn Amrehn einzugehen. Ich beruhige mich nicht damit, Herr Amrehn, nun etwa zu sagen: Wir haben unser satzungsmäßiges Soll von vier Vorstandssitzungen erfüllt, sondern ich meine mit Ihnen, daß es

notwendig ist, diesen Bundesvorstand zu einem politischen Führungsgremium zu entwickeln. Wir haben es als einen Fortschritt anzusehen, daß wir im Präsidium ein gutes Komment dadurch bekommen haben, daß wir sehr schnell zusammentreten können und auch jeweils in Abständen von acht oder 14 Tagen tätig geworden sind und wesentliche Entscheidungen für die Partei getroffen haben.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir keinesfalls weder den Bundesvorstand noch den Parteiausschuß darüber vernachlässigen dürfen; im Gegenteil – und das entspricht der Auffassung, die Herr Dr. Adenauer heute vertreten hat –, es ist notwendig, daß vor dem Bundesparteitag der Parteiausschuß zusammentritt, um wesentliche Fragen der Partei und der Fraktion zu erörtern. Sie dürfen sicher sein, daß nach all den Problemen der vergangenen Jahre und Monate nun auf diese Aufgabe einer stärkeren Aktivierung des Bundesvorstandes und des Bundesparteiausschusses die größte Aufmerksamkeit gelegt wird. Ich glaube, daß ich damit Ihre Fragen beantwortet habe.

In diesen Tagen erscheinen insgesamt 15 Rednerlisten für die Christlich-Demokratische Union⁴², weil wir bereits jetzt das einleiten, was früher nur vor Bundestagswahlen geschehen ist.

In diesen Rednerlisten sind wir auf das Problem „Berlin“ eingegangen. Herr Erhard war zuerst in Berlin. (*Amrehn*: Mende war da!⁴³) Lassen Sie bitte Herrn Mende aus dem Spiel! (*Amrehn*: Er ist aber im Spiel!) Ich darf Ihnen nun ein Telegramm vorlesen, und zwar von einem alten und treuen Mitglied der CDU. Er schreibt: Als Mitbegründer der Union bedauere ich, aus gesundheitlichen Gründen der heutigen Arbeitstagung fernbleiben zu müssen. Ein herzliches Glückauf. Zur weiteren Mitarbeit stets bereit. Ihr getreuer 85jähriger Professor ...

Adenauer: Wegen der vorgerückten Zeit können wir leider nicht auf die verschiedenen Fragen eingehen, die in dem Bericht des Herrn Kollegen Dufhues enthalten sind. Aber Sie haben gehört, daß beabsichtigt ist, eine Sitzung des Parteiausschusses durchzuführen. Über den Termin werden wir uns noch verständigen. Er wird rechtzeitig vor dem Bundesparteitag einberufen.⁴⁴

Sie alle werden dringend gebeten, die Fragen, die sich heute für uns alle ergeben, zu überlegen, damit wir in der nächsten Sitzung des Parteiausschusses zu einer fruchtbaren Diskussion kommen.

42 10 Rednerdienste der CDU 1963: „Mit Erhard voran“, „Die Familienpolitik der CDU/CSU“, „Zur Kulturpolitik der CDU/CSU“, „Die Sozialpolitik der CDU/CSU“, „Die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU“, „Zur Eigentumspolitik der CDU/CSU“, „Zur Entwicklungspolitik“, „Zur Gesetzgebung für den Notstand“, „Zur Verteidigungspolitik der CDU/CSU“, „Zur Außenpolitik der CDU/CSU“ (ACDP-PRESSEDOKUMENTATION).

43 Erhard war am 28./29. Oktober 1963 (Ludwig-Erhard-Stiftung, Karteikarten) und Mende im Oktober/November 1963 mehrmals in Berlin (MENDE: Wende S. 111–115). Zum Aufenthalt Mendes in Berlin vgl. „Süddeutsche Zeitung“ und FAZ vom 11. November 1963.

44 Sitzung des Bundesparteiausschusses am 25. Januar 1964 (Protokoll in ACDP VII-001-022/4).

VERSCHIEDENES

Dufhues: Es ist gefragt worden, wann der nächste Bundesparteitag ist. Ich darf bekanntgeben: Vom 14. bis 18. März 1964 in Hannover. Wir arbeiten im Präsidium gegenwärtig an der Vorbereitung dieses Parteitages. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Bundeskanzler auf dem Parteitag einen Vortrag hält über die Grundlinien der Politik. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß gerade auf diesem Parteitag in Hannover eine große Zahl von Arbeitskreisen gebildet wird, die sich insbesondere mit dem Problem der Parteiarbeit – nicht nur mit den organisatorischen – befassen.

Der Parteitag wird sich auch befassen müssen mit dem Auftrag und dem Beitrag unseres Parteifreundes Barzel. Ich darf Ihnen mitteilen, daß bereits vor mehreren Monaten unter Mitwirkung von Dr. Barzel eine Kommission gebildet worden ist, die etwas vorbereiten soll, was wir zunächst „Prinzipienerklärung der CDU“ genannt haben.⁴⁵ Diese Erklärung soll die Probleme und die Fragen aufgreifen, die durch das Gutachten von Dr. Barzel ausgelöst worden sind. Es soll eine eindeutige Standortbestimmung in dieser Prinzipienerklärung festgelegt werden. Wir haben Wert darauf gelegt, daß hervorragende Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche an dieser Erklärung mitarbeiten. Ich habe den Eindruck, daß wir zu einer guten Formulierung der Fragen kommen, die mit dem „C“ und der sich daraus ergebenden Probleme zusammenhängen.

Barzel: Um 14 Uhr beginnt drüben die Kundgebung des Kleinen Parteitages. Es wäre wohl schlecht, wenn wir dann nur eine Kundgebung ohne Diskussion machen würden. Wir sollten deshalb noch fünf Minuten darüber sprechen, was sich um 14 Uhr ereignen wird, und ob wir dann nicht wenigstens die Chance einer Aussprache haben.

Dufhues: Noch ein Wort zu einigen technischen Problemen. Zunächst die Bildung eines Bundesausschusses für Verteidigungspolitik. Ich habe mit unserem Freund Kliesing gesprochen. Wir haben eine ausgezeichnete Zusammensetzung eines solchen Ausschusses vorbereitet. Der Ausschuß soll die Aufgabe übernehmen, nicht nur zu Sachproblemen der Verteidigungspolitik Stellung zu nehmen, sondern auch in den Landesverbänden und Kreisverbänden dafür Sorge zu tragen, daß wir einen engen Kontakt zu den Soldaten halten. Dieser Arbeit müssen wir jetzt eine organisatorische Form geben. Ich bitte Sie deshalb, nach dem § 29 unseres Statuts der Gründung eines solchen Bundesausschusses für Verteidigungspolitik zuzustimmen.⁴⁶ (Beifall.)

Ich habe den Bundesvorstand davon in Kenntnis zu setzen, daß sich das Präsidium im Einvernehmen mit dem Landesverband Oder-Neiße und den sonst interessierten Parteifreunden mit einer Überprüfung der Satzung des Landesverbandes Oder-Neiße befassen wird. Ich erwähne das, weil die Probleme des Landesverbandes Oder-Neiße

45 Zur Kommission vgl. Nr. 7 S. 354 und Nr. 10 S. 459; zum Gutachten Nr. 5 Anm. 49.

46 Konstituierende Sitzung des Bundesausschusses für Verteidigung am 16. Januar 1964. 1. Vorsitzender wurde Dr. Georg Kliesing (ADCP VII-004-096/1). Vgl. Nr. 13 S. 604 f.

in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind.⁴⁷ Ich hoffe, daß wir zu einer Regelung kommen werden, die allen gerecht wird.

Adenauer: Herr Barzel, mit der von Ihnen angeschnittenen Frage haben wir uns im Präsidium befaßt: Soll man in einem so großen Kreis eine Aussprache herbeiführen? Herr Kollege Dufhues schätzt die Zahl der Erscheinenden auf 1.500 bis 1.700. In einem solchen Kreis eine Aussprache herbeizuführen, die wirklich nach etwas aussieht, das erscheint mir ungemein schwierig. Deshalb hatten wir geglaubt, Ihnen vorschlagen zu sollen, daß diese Aussprache in einer in Bälde einzuberufenen Sitzung des Parteiausschusses stattfinden soll. Das würde natürlich heute nachmittag mitgeteilt werden. Aber bei 1.700 Menschen eine vernünftige Aussprache über ein so diffiziles Problem herbeizuführen, das scheint mir schlechterdings nicht möglich zu sein.

Ich darf damit die Sitzung schließen.

13

Bonn, Freitag 17. Januar 1964

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, [Burgbacher], Dufhues, Erhard, Fricke, [Grundmann], Gürk, von Hassel, Hellwig, [Katzer], Klepsch, Kraske, Lücke, Schröder, Süsterhenn.

Bericht zur Lage (Erhard). Passierscheinabkommen. Bundesparteitag in Hannover vom 14. bis 17. März 1964. Gründung des Wirtschaftsrates der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße insbesondere den Herrn Bundeskanzler Erhard, der gestern von seiner Londonreise zurückgekehrt ist, und wünsche ihm Glück zu den Erfolgen, die er da

47 Die Sendung „Panorama“ des Deutschen Fernsehens hatte sich am 23. September 1963 kritisch mit dem CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße befaßt (UiD vom 26. September 1963 S. 6, vom 3. Oktober S. 1–4 und vom 18. Oktober S. 7). Vgl. dazu „Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling“ Nr. 18/63 vom 1. Oktober 1963 S. 2–4. – Die Delegiertenversammlung des CDU/CSU-Landesverbands Oder-Neiße verabschiedete am 13. März 1964 in Hannover eine neue Satzung (EBD. Nr. 6/64 vom 20. März 1964 S. 9); vgl. auch Nr. 14 Anm. 77.